



SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag 2017

Beschlüsse

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: BTW 01

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Für eine neue Politik der sozialen Gerechtigkeit

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die Chancen, eine Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung zu bilden, stehen gut.
2 Mit Martin Schulz wollen wir Verantwortung übernehmen, um eine neue Politik der sozialen
3 Gerechtigkeit umzusetzen.
4
- 5 • Für eine **gebührenfreie Bildung** von der Kita über das Studium bis hin zur beruflichen
6 Bildung und für Meisterkurse.
7
 - 8 Für einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule**. Wir wollen,
9 dass der Bund sich an der Sanierung und Modernisierung der Schulen beteiligt. Und wir
10 wollen, dass der Bund die Länder bei der Schulsozialarbeit finanziell unterstützt.
11 Schließlich wollen wir, dass der Bund sich maßgeblich an den Kosten der
12 Kindertagesstätten beteiligt.
13
 - 14 • Für ein **BaföG** das der Lebensrealität entspricht. Es studieren immer mehr Kinder aus
15 Haushalten, denen es finanziell schwer fällt. Damit auch weiterhin der Zugang zur
16 Hochschule vom Geldbeutel der Eltern unabhängig zu ermöglichen, muss das BaföG
17 moderat erhöht und muss elternunabhängig gezahlt werden können.
18
 - 19 • Für **gute Arbeit und gerechte Löhne** Sichere Jobs und gute Bezahlung sind die
20 Grundbedingungen für eine Rente von der man später in Würde leben kann. Gleicher
21 Lohn für gleiche Arbeit muss dabei für alle Männer und Frauen gelten. Gemeinsam mit
22 den Gewerkschaften wollen wir die Tarifbindung stärken. Gemeinsam mit den
23 Tarifpartnern wollen wir dafür sorgen, dass soziale Berufe aufgewertet werden.
24 Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung ab bestimmten
25 Betriebsgrößen. Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss weiterhin
26 bekämpft werden. Die sachgrundlosen Befristung ist abzuschaffen.
27
 - 28 • Für ein **Recht auf Qualifizierung**. Für die Zeit der Qualifizierung während der
29 Arbeitslosigkeit soll das Arbeitslosengeld Q – Qualifikation – eingeführt werden, in
30 gleicher Höhe wie das Arbeitslosengeld I. Das ALGQ wird nicht auf die Bezugsdauer
31 des ALGI angerechnet. Eine unzureichende Qualifizierung ist heute der wichtigste
32 Grund für die Arbeitslosigkeit in Deutschland. In Zeiten steigenden Fachkräftemangels
33 ist die Weiterqualifizierung insbesondere auch für ältere ArbeitnehmerInnen sinnvoll.
34
35
 - 36 • Für eine **Familienarbeitszeit**, wie sie Familienministerin Manuela Schwesig
37 vorgeschlagen hat. Durch die Familienarbeitszeit sollen Eltern das Recht bekommen,

- 38 weniger zu arbeiten und als Ausgleich ein **Familiengeld** von insgesamt 300 Euro
39 monatlich erhalten. So bleibt ihnen mehr Zeit für die Kinder – und auch für
40 pflegebedürftige Angehörige.
41
- 42 • Für die **Sicherung des gesetzlichen Rentensystems**. Wir wollen die Rente sicher
43 machen und dafür sorgen, dass die, die ein ganzes Leben lang gearbeitet haben, auch
44 im Alter ordentlich und in Würde davon leben können. Gleichzeitig müssen die
45 Rentenbeiträge für die jüngere Generation bezahlbar bleiben. Oberstes Ziel muss daher
46 sein, das Rentenniveau zu sichern
47
 - 48 • Für eine **Mindestrente**. Menschen müssen nach einem langen Arbeitsleben am Ende
49 eine Mindestrente bekommen, die über der Grundsicherung liegt.
50
 - 51 • Für eine **paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge**. Der Zusatzbeitrag,
52 der einseitig von den Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)
53 gezahlt wird, muss wieder abgeschafft werden. An der Finanzierung der
54 Krankenkassenbeiträge sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder jeweils zur Hälfte
55 beteiligen werden.
56
 - 57 • Für eine **Begrenzung der Managergehälter**: Wir brauchen eine gesetzliche Regelung,
58 die Gehaltsexzessen in den Vorstandsetagen einen Riegel vorschiebt. Es muss endlich
59 Schluss damit sein, dass diese überhöhten Gehälter auch noch von der Steuer
60 abgesetzt werden können.
61
 - 62 • Für einen **attraktiven Rahmen des Erfolgsmodell Ausbildung**. Die Zahl der
63 Menschen, die eine Ausbildung absolvieren sinkt stetig. Dabei ist die Ausbildung die
64 Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Daher muss die Ausbildung attraktiver
65 werden, in dem wir eine Mindestausbildungsvergütung einführen. Zudem wollen wir,
66 dass Betriebe, die nicht ausbilden, sich durch eine Umlage an der Ausbildung in
67 anderen Betrieben finanziell beteiligen.
68
 - 69 • Für eine **gerechte Steuerpolitik**. Einkommen aus Arbeit darf nicht höher besteuert
70 werden wie Einkommen aus Vermögen. Wir werden die Abgeltungssteuer abschaffen
71 und auf einen konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug setzen. Eine generelle
72 Steuersenkung wird es mit uns nicht geben. Dafür aber die Entlastung unterer und
73 mittlerer Einkommen. Es kann nicht sein, dass beispielsweise ein Facharbeiter unter den
74 Spitzensteuersatz fällt. Viele Menschen mit niedrigem Einkommen zahlen gar keine
75 Steuer. Freibeträge bei den Sozialversicherungsbeiträgen können helfen,
76 Geringverdiener zu entlasten. Menschen mit sehr hohem Vermögen müssen einen
77 größeren Beitrag leisten. Dabei ist es zweitrangig, ob dies durch eine Reform der
78 Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder eine echte
79 Reichensteuer geschieht.
80
 - 81 • Für uns ist **Migration ein Menschenrecht!** Wir sind uns darüber bewusst, dass es
82 Zeiten und Situationen gibt, in denen Menschen fliehen müssen, wenn sie überleben
83 oder der Folter und Verfolgung entrinnen wollen. Diese Menschen haben unseren
84 Schutz verdient und wir wenden uns deutlich gegen ein generelles Misstrauen
85 gegenüber Flüchtlingen. Flüchtlinge, die in unser Land kommen und eine langfristige
86 Bleibeperspektive haben, müssen schnell integriert werden. Dies ist eine
87 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mit der die Kommunen nicht einseitig belastet werden
88 dürfen.
89 Die richtige Strategie bei einer humanen Flüchtlingspolitik heißt aber bei den
90 Fluchtursachen ansetzen. Dazu gehört sich unermüdlich für einen Friedensprozess in
91 Syrien einzusetzen, aber auch die dramatische Armut und wirtschaftliche und politische
92 Instabilität in Afrika zu bekämpfen. Dazu gehört, gezielte Möglichkeiten für legale

93 Migration zu schaffen. Wir setzen uns für die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes
94 ein.
95
96 • Für mehr und bessere **Sicherheit**. Prävention und die Bekämpfung der Ursachen von
97 Kriminalität ist ein wichtiger Bestandteil einer sozialdemokratischen Sicherheitspolitik.
98 Dafür benötigen wir eine personelle Verstärkung bei Polizei und Justiz. Aber auch eine
99 umfassende demokratische Kulturoffensive gegen Radikalisierung und für unsere
100 Gesellschaftsordnung. Wir sagen deutlich: Wer die Freiheit und die demokratische
101 Grundordnung aushebeln will, wer die ersten zwanzig Artikel unseres Grundgesetzes
102 nicht akzeptiert, der wird mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen müssen. Für
103 Terror gibt es keine Rechtfertigung, sondern diesen müssen wir mit Polizei, den
104 Sicherheitsdiensten und allen Mitteln des Strafrechts bekämpfen, ohne dass wir dabei
105 Freiheit und Liberalität opfern.
106
107 • Für mehr Anerkennung: **Keine Liebe ist mehr wert!** Die Anerkennung
108 gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist für uns eine Gerechtigkeitsfrage. Wir wollen
109 die Ehe für Alle und das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare!
110
111 • Für eine **gute Infrastruktur** in öffentlicher Hand. In der aktuellen Null-Zins-Phase muss
112 der Staat verstärkt die öffentliche Infrastruktur auf Vordermann bringen. Jetzt ist es an
113 der Zeit, die Straßen- und Schieneninfrastruktur zu sanieren und bedarfsgerecht
114 auszubauen. Gleiches gilt für das Breitbandnetz auch im ländlichen Raum. Klar ist:
115 Einrichtungen der Daseinsvorsorge gehören ohne Ausnahme in öffentliche Hand. Wir
116 lehnen Überlegungen ab, z.B. die Autobahnen zu privatisieren oder über die neue
117 Bundesautobahngesellschaft Umgehungsmöglichkeiten zu schaffen.
118
119 • Für **bezahlbaren Wohnraum in Stadt und Umland**. Bezahlbarer Wohnraum ist heute
120 Mangelware. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund seine Möglichkeiten
121 weiterhin offensiv nutzt, um zusammen mit den Ländern den Wohnungsbau zu fördern.
122
123 • Gegen **Gewalt im Netz**. Hasskommentare, Drohungen und Beleidigungen dürfen nicht
124 weiter zum Netzalltag gehören. Hasskommentare richten sich im Internet vor allem
125 gegen Frauen* und andere diskriminierte Gruppen. Das Internet darf nicht zum Raum für
126 einige wenige werden. Wir fordern deshalb eine konsequentere Verfolgung von
127 strafrechtlich relevanten Kommentaren im Internet.
128
129 • Für **starke Kommunen**. Bund und Land müssen sich an den Kosten für
130 Daseinsvorsorge und Grundversorgung stärker beteiligen. Nur mit einem finanziellen
131 Spielraum für Städte, Gemeinden und Kreise wird es gelingen, gleiche
132 Lebensbedingungen aufrecht zu erhalten und die Aufgaben in Bildung, Innerer
133 Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Infrastruktur zu bewältigen.
134
135
136
137

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: EnU 01

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Glück Auf, Bürgerenergie!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Nur durch einen schnellen Ausstieg aus der Verstromung von Stein- und Braunkohle und den
3 forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien können die von Deutschland auf dem Klimagipfel
4 in Paris gemachten Zusagen zur CO² – Reduzierung erreicht werden. Klimaschutz zur
5 Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen auf dem gesamten Erdball, für uns und künftige
6 Generationen ist heute eine zentrale Frage von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit und zählt
7 damit zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik.
- 8 • Wir sprechen uns strikt gegen eine Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien aus.
9 Wir fordern massive Anstrengungen und günstige Rahmenbedingungen für einen
10 forcierten dezentralen Ausbau sowie notwendige Investitionen in Verteilnetze.
 - 11 • Wir lehnen Ausschreibungs-Vergabe-Systeme für Erneuerbare-Energien-Anlagen ab.
12 Für den Fall eines Umstiegs auf Ausschreibungs-Vergabe-Systeme, muss die nach EU-
13 Recht maximal mögliche Bagatellgrenze für eine Befreiung von der
14 Ausschreibungspflicht von der Bundesregierung genutzt werden.
 - 15 • Es bedarf schnellstmöglich einer Lösung, die Speichersysteme und Biogasanlagen in
16 virtuellen Kraftwerken wirtschaftlich als regionalen Grünstrom vermarktungsfähig macht.
 - 17 • Wir lehnen den aktuellen Vorschlag zur Beschränkung des Ausbaus Erneuerbarer
18 Energien in Netzengpassregionen ab. Würde die Bundesnetzagentur Hessen
19 entsprechend einordnen, könnte der Ausbau von Windenergieanlagen auf 58 % des
20 gedeckelten Ausbaus reduziert werden. Gerade in Nordhessen würde der schwache
21 Ausbau weiter verlangsamt, obwohl nachweislich keine Netzengpässe auf den
22 entsprechenden Ebenen vorliegen.
 - 23 • Wir lehnen eine einmalige Sonderdegression bei der Einspeisevergütung ab. Diese ist
24 als Eingriff in den Bestandsschutz unzulässig und schädigt massiv das Vertrauen in die
25 sozialdemokratisch zu verantwortende Energiepolitik.
 - 26 • Der Entwurf zum Mieterstromgesetz erfüllt in keiner Weise das Ziel auch in den Städten
27 möglichst bald 6da Photovoltaik-Anlagen auf die großen Häuser zu bekommen. Damit
28 wird die Chance vertan, den Ausbau der Erneuerbaren Energien-dezentral
29 voranzubringen, Arbeitsplätze und Investitionen zu realisieren. Insbesondere unsinnig
30 sind gesetzliche Regelungen, wie die Ausbaudeckelung, Anforderungen an
31 Abrechnungs-, Mess-, Informations- und Kennzeichnungspflichten sowie die
32 Begrenzung von Mieterstrommodellen auf einzelne Gebäude.
33 Der Strom, der auf großen Häusern gewonnen werden kann, würde i.d.R. sofort
34 verbraucht und müsste nicht woanders hergestellt, transportiert und verteilt werden.
- 35
36
37 Begründung:

38
39 Photovoltaik- und Windenergieanlagen an Land gehören mittlerweile zu den günstigsten
40 Energiequellen. Gemeinsam mit einer Ertüchtigung sowie Digitalisierung der Netze auf
41 Verteilnetzebene sowie wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für den Einsatz von Speichern
42 und Bioenergieanlagen sind sie die Bausteine einer kosteneffizienten und
43 wertschöpfungseffektiven Energiewende. Ausschreibungs-Vergabe-Systeme hingegen sind
44 teuer, deckeln den Ausbau und bevorzugen kapitalstarke Investoren bzw. Großkonzerne. Dabei
45 könnte mit regional verankerten und finanzierten Projekten ein Vielfaches an Wertschöpfung
46 und Gestaltungsspielraum vor Ort generiert werden. Ob die Zugeständnisse für
47 Bürgerenergiegesellschaften in der aktuellen EEG-Novelle dazu geeignet sein werden, dass
48 Bürger*innen ihre Anstrengungen für eine dezentrale Energiewende fortführen können, ist
49 ungewiss.

50
51

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: EnU 02

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, S&D Fraktion im EU-Parlament

Betr.: Verbot fest eingebauter Leuchtmittel in LED-Lampen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ein Verbot von LED-Lampen mit festeingebauten
2 Leuchtmitteln ein.

3
4 Begründung:

5
6 Immer mehr Decken-, Tisch- oder Stehlampen haben fest eingebaute LED-Leuchten, die nicht
7 ausgetauscht werden können. Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz überprüfte im April
8 2016 in einer Stichprobe mehr als 4.000 Leuchten aus fünf Baumärkten. Das Ergebnis: Bei fast
9 einem Drittel der Leuchten, in zwei Baumärkten sogar bei über 40 Prozent, waren die
10 Leuchtmittel nicht austauschbar. Bei manchen Möbelhändlern liegt der Anteil der Festeinbauten
11 unter den online verfügbaren Deckenlampen bei 70 Prozent, so das Ergebnis einer Recherche
12 des ZDF-Magazins WISO.

13
14 Die Folge: Beim Defekt einzelner Leuchten können diese nicht ausgetauscht werden. Nach
15 Ablauf der gesetzlichen Gewährleistungsfrist von zwei Jahren wird die Lampe somit zu
16 Elektroschrott. Laut Herstellerangaben halten LED-Leuchten zwar bis zu 25 Jahre. Diese
17 Prognosen entstehen aber unter günstigen Laborbedingungen. Die Mindestlebensdauer von
18 6.000 Stunden muss von 90 Prozent der getesteten Lampen erreicht werden. Das entspricht
19 einer Brenndauer von täglich drei Stunden in sechs Jahren. Zudem berücksichtigen die Tests
20 keine Spannungsschwankungen, wie es sie im echten Stromnetz gibt. Diese sowohl
21 verbraucherunfreundlichen wie auch umweltschädlichen Produkte sollen daher verboten
22 werden.

23
24

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal**

Antrag: EnU 03

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagfraktion

Betr.: Öffentliche Ausschreibungen müssen Klimaschutz berücksichtigen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Wir fordern die öffentlichen Entscheidungsträger aller Ebenen auf darauf zu achten, dass durch
3 über öffentliche Ausschreibungen bezogene Güter und Dienstleistungen keine Schädigung des
4 Regenwaldes verursacht wird. Die öffentlichen Ausschreibungen sollten dies in den Kriterien
5 berücksichtigen.
6

7
8 **Begründung:**

9
10 Die Klimakonferenz in Paris 2015 war ein Erfolg, da die anwesenden Staaten sich auf einen
11 neuen Weltklimavertrag einigen konnten, der die Erderwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius,
12 möglichst 1,5 Grad Celsius, vorsieht.
13 Damit Klimaschutzziele insbesondere in Deutschland und in Hessen erreicht werden können,
14 muss unter anderem das Abholzen der Regenwälder gestoppt werden. Das Abholzen der
15 Regenwälder führt in einem besonderen Maße zur schnelleren Erderwärmung und damit der
16 Klimaveränderung.
17 Öffentliche Aufträge haben insgesamt ein hohes Investitionsvolumen auf allen Ebenen, Bund,
18 Länder, Kommunen.
19 Daher sollte bei öffentlichen Aufträgen der Schutz des Regenwaldes besondere Beachtung
20 finden und garantiert werden, dass die Auftragsvergabe nicht zu einer Abholzung beitragen.
21 Dies muss nicht nur für das Produkt gelten, sondern für die gesamte Lieferkette.
22 Um dies gerade für finanzschwache Kommunen umsetzbar zu machen, könnten zum Beispiel
23 besondere Förderprogramme für Kommunen, die auf den Schutz des Regenwaldes achten,
24 entwickelt und aufgelegt werden.
25 Ebenso wäre die Prüfung aller Produkte – für die keine öffentliche Ausschreibung erforderlich
26 ist - notwendig, inwieweit diese zur Vernichtung der Regenwälder beitragen. Diese Produkte
27 sollten dann im öffentlichen Bereich nicht mehr verwendet werden und möglichst dann ein
28 Verbot dieser Produkte in Deutschland und auch auf der EU-Ebene nach sich ziehen.
29

30

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: EnU 04

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion

Betr.: Wasserqualität und Wasserversorgung in Hessen mittel- und langfristig erhalten

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Wir fordern die Wasserversorger auf, die für den dauerhaften Erhalt der Wasserqualität und
- 3 Wasserversorgung in Hessen notwendigen technischen Maßnahmen zu ergreifen. Seitens des
- 4 Landes Hessen erwarten wir, dass die notwendigen Rahmenbedingungen auf dem Gesetzes-
- 5 und Verordnungswege geschaffen werden.
- 6
- 7
- 8 **Begründung:**
- 9
- 10 Wasser ist ein menschliches Grundrecht! Jeder Mensch hat ein Recht auf sauberes Wasser
- 11 und sanitäre Anlagen (Beschluss der UN v. 28.10.2010). Wasser ist nicht nur das wichtigste
- 12 Lebensmittel, sondern die Bereitstellung für Alle und die ökologisch verantwortbare
- 13 Ressourcenverwaltung des Wassers muss ausschließlich und vollständig der politischen
- 14 Verantwortung unterliegen (Gemeinwohl). Somit muss das Ziel jeglicher politischen
- 15 Verantwortung bleiben, Privatisierung der Wasserförderung und –lieferung zu verhindern.
- 16 Wasserversorgung ist Daseinsvorsorge und gehört in die öffentliche Hand. Die
- 17 Aufgabenwahrnehmung ist das Ziel der Wasserversorgung und nicht die Gewinnmaximierung.
- 18 Wasser ist kein Wirtschaftsgut, sondern öffentliches Gut.
- 19
- 20 Wir fordern daher, dass bei allen neuen Infrastrukturmaßnahmen die Auswirkungen auf den
- 21 ökologischen Wasserhaushalt untersucht werden. Der Schutz des Grundwassers ist ein hohes
- 22 Gut. Maßnahmen sind so zu verändern, dass es keine oder nur minimale Auswirkungen auf das
- 23 Grundwasser und bestehende Förderbrunnen gibt. Es muss vermieden werden, dass weitere
- 24 Förderbrunnen nicht mehr genutzt werden können.
- 25 Die Nitratbelastung der Böden ist deutlich zu verringern und die Landwirtschaft hierbei nicht nur
- 26 ideell, sondern auch finanziell zu unterstützen. Eine Verbesserung der Belastung des
- 27 Grundwassers mit Nitrat ist erforderlich. Stickstoff wird neben Leckagen aus undichten Kanälen
- 28 und dem Düngemittelleinsatz in Kleingartenanlagen vor allem durch eine intensive
- 29 landwirtschaftliche Nutzung eingetragen.
- 30 Auch im Bildungsbereich muss das Thema Wasser und der Umgang mit Wasser wieder eine
- 31 stärkere Rolle spielen.
- 32 Für gesunde Lebensmittel wird sauberes Wasser benötigt. Das ist eine Frage der sozialen
- 33 Gerechtigkeit. Das Wasser darf nicht weiter durch Medikamente, Pestizide, etc. belastet
- 34 werden. Hier sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen diese Belastungen durch Chemikalien zu
- 35 verringern bzw. zu begrenzen.
- 36
- 37 Wir fordern die Landes-SPD auf ein Wassersymposium durchzuführen.

38 Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU hat zum Ziel, die Gewässer
39 europaweit spätestens bis zum Jahr 2017, in einen ökologisch, chemisch und mengenmäßig
40 (Grundwasser) bzw. biologisch guten Zustand zu bringen oder den guten Zustand zu erhalten.
41 Dies muss in diesem Jahr konsequent erfolgen und notwendige Maßnahmen eingeleitet
42 werden.

43 Politische Verantwortung: Alle politischen Entscheidungen sind vor dem Hintergrund der
44 nachhaltigen Wasserversorgung zu treffen, wenn die Wasserversorgung durch die
45 Entscheidung beeinflusst wird. Wenn etwas schlecht für das Grundwasser oder die
46 internationale Wasserversorgung ist, darf es nicht umgesetzt werden.

47

48

49

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: EnU 05

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD- Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europaparlament

Betr.: Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame Agrarpolitik
3 (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurichten, dass die Produktion
4 von Tieren sowie Export von tierischen Produkten massiv verringert wird. Nationale Spielräume
5 sollen unmittelbar genutzt werden.
6
7

8 Begründung:
9

10 Im Haushalt der Europäischen Union ist die Landwirtschaft mit 58 Milliarden Euro (40 %) der
11 größte Posten. Durch die GAP bekommt Deutschland über die erste Säule (Europäische
12 Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)) 5 Mrd. Euro und über die zweite Säule
13 (Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER)) 1,3 Mrd. Euro. Diese
14 Gelder werden heutzutage aus Umwelt- und Klimaperspektive nicht optimal eingesetzt.
15 Die Lebensmittel- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen schätzt, dass die
16 Viehhaltung weltweit für 14,5 Prozent aller Treibhausgase verantwortlich ist. Andere Studien
17 kommen auf bis zu 25 % Treibhausgasausstoß durch die globale Tierproduktion. Das BMUB
18 geht für das Industrieland Deutschland davon aus, dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und
19 mit Mineraldünger sogar 15 % der Treibhausgase verursacht.
20

21 Zwei aktuelle Forderungen zur Produktion und den Konsum von Tieren:

- 22 1. Im Entwurf zum „Klimaschutzplan 2050“ der Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD)
23 stand daher einst: "Bis 2050 sollte ein Fleischkonsum entsprechend der Empfehlungen
24 der Deutschen Gesellschaft für Ernährung angestrebt werden". Nach aktuellen
25 Empfehlungen der DGE wäre dies eine Reduzierung auf 300 – 600 g Fleisch in der
26 Woche. Der Fleischverzehr liegt aktuell bei 1,1 Kilo pro Woche. Diese Forderung wurde
27 auf Intervention des Kanzleramtes (CDU) wieder aufgeweicht, folglich war ab September
28 war nur noch vom „Abbau der Tierbestände“ die Rede.
- 29 2. Die wissenschaftlichen Beiräte für Agrar- und Waldpolitik im BMEL haben vor kurzem
30 aus Umwelt- und Klimagründen vorgeschlagen für tierische Lebensmittel (bspw. Milch,
31 Käse, Wurst) den regulären Mehrwertsteuersatz von 19 % festzulegen und gleichzeitig
32 die Sozialleistungen anzuheben. Durch die sozialverträgliche Bruttopreiserhöhung
33 erhoffen sich die Wissenschaftler*innen einen um 10 % verringerten Verkauf solcher
34 stärker umweltbelastenden Lebensmittel.

35 Dies sind sicherlich spannende Forderungen, die ernsthaft zu diskutieren sind. Sie
36 verdeutlichen die Relevanz des Themas. Allerdings nehmen die Diskussionen über die

37 Ausrichtung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik jetzt Fahrt auf. Wenn aus guten
38 Gründen Fleisch- und andere Tierprodukte endlich auch politisch als wesentliche Umwelt- und
39 Klimaprobleme identifiziert wurden, muss es nun darum gehen die Subventionen für die
40 Produkte zu streichen/zu verringern und umwelt- und klimafreundliche Alternativen zu stärken.
41 Zudem wäre die Verringerung der Tierproduktion der wesentlichste Schritt zu einer
42 tiergerechteren Gesellschaft.

43
44

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: EnU 06

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europaparlament

Betr.: Monokulturen verhindern

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern, dass sich Deutschland und Europa sukzessive dafür einsetzen, den Anbau von
2 Monokulturen zu verhindern. Dies muss auf der einen Seite innereuropäisch geschehen, auf
3 der anderen Seite müssen Deutschland und Europa sich ihrer Verantwortung bewusst werden
4 und darauf stärker hinwirken, dass keine Regenwälder für Monokulturen (Palmöl, Soja,...)
5 abgeholzt werden. Deutschland darf nicht weiter als Financier der Umweltzerstörung auftreten.
6 Deutschland muss Projekte zur Bewahrung der Umwelt fördern und Produzenten vor Ort zu
7 höheren Standards verpflichten.

8
9

10 Begründung:

11

12 Die jährliche Produktion von Palmöl ist von Hauptexporteur Indonesien Jahr um Jahr stetig
13 gesteigert worden. Dafür müssen Regenwälder weichen, da immer mehr
14 Bewirtschaftungsfläche benötigt wird. Der Trend zu Großbetrieben hält im In- wie im Ausland
15 Einzug und hat vor allem Kosteneffizienz im Auge. Deutschland darf nicht zulassen, dass
16 Produkte importiert werden, die für die Zerstörung der Umwelt im Ausland verantwortlich sind.

17

18 Außerdem wird in Deutschland selbst auf Monokulturen gesetzt (Raps-, Mais-, Getreidefelder).
19 Dies schränkt die Artenvielfalt, nicht nur der Flora, sondern auch der Fauna ein, da es viele
20 Tiere gibt, die nur in bestimmten Gebieten leben können. Der Mensch zerstört deren Habitate in
21 dem er die Umwelt zu seinen Gunsten verändert.

22

23

24

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: EnU 07

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens der männlichen „Eintagsküken“ allein aus
2 ökonomischen Gründen. Es fehlt nach § 1 TierSchG an einem vernünftigen Grund. Insofern ist
3 das Töten männlicher Eintagsküken nach herrschender Meinung, sollte sie weiter fortgesetzt
4 werden, nach § 17 Nr. 1 TierSchG als strafbar zu qualifizieren und verstößt gegen Art. 20a GG,
5 da dieser nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch die Tiere als Mitgeschöpfe
6 schützt.

7 Wir wollen die Eierproduktion aus Umwelt-, Klima und Tierschutzgründen neu strukturieren.
8
9

10 Begründung:

11
12 In Deutschland werden jährlich ca. 45 Millionen männliche Küken getötet, da die Züchter keine
13 Verwendung, nämlich das Legen von Eiern, für sie haben. Dies hängt mit der Art der Züchtung
14 des Geflügels zusammen. Momentan werden zwei Rassen gezüchtet. Die eine ist darauf
15 spezialisiert in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Fleisch anzusetzen, während die andere
16 dafür gezüchtet wird, einen hohen Ertrag bei der Eierproduktion zu erzielen. Da Hähne keine
17 Eier legen können, werden die Küken kurz nach dem Schlupf durch vergasen oder durch einen
18 sogenannten Kükenmuser getötet und als Tierfutter oder Dünger verwendet.

19 Dies verstößt nicht nur gegen das Tierschutzgesetz, sondern gegen jegliche Werte, die eine
20 moderne Zivilgesellschaft für sich in Anspruch nimmt. Das Töten von Lebewesen nur um
21 Kosten zu sparen bzw. diese Tiere keinem vernünftigen zuzuführen ist nicht rechtens und
22 verstößt gegen das Grundgesetz. Ein Gesetzentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen wurde
23 von der Bundesregierung mit der Begründung abgelehnt, dass bereits an einem Verfahren
24 geforscht werden, welches dazu diene das Geschlecht der Tiere bereits vor dem Schlupf zu
25 erkennen. Allerdings sind die-se Verfahren entgegen der Behauptung des Ministers für
26 Ernährung und Landwirtschaft nicht marktreif. Abgesehen davon ist durch die Einführung dieser
27 Methode mit einer Preissteigerung der Eier zu rechnen, wodurch das Argument, dass der
28 Verbraucher mit der Praxis des Tötens aufgrund von Kostenersparnis einverstanden ist, ad
29 absurdum geführt wird. Außerdem ist es die Aufgabe des Tierschutzes das Tier und nicht den
30 Menschen zu schützen. Es ist die Aufgabe einer guten Sozialpolitik, dass sich Bürger Eier oder
31 auch einmal Fleisch leisten können. Dies darf nicht zu Lasten des Tierschutzes bzw. der Tiere
32 gehen.

33 Im Mai folgte schließlich die Entscheidung des OVG Münster über das Fortsetzen der Praxis
34 des Tötens. Das Gericht entschied zugunsten der Geflügelzüchter, da es eine zu große
35 wirtschaftliche Belastung für die Betriebe sah, wenn diese die Hähne großziehen müssten.
36 Leider zeigt diese Entscheidung, dass Verständnis von Unternehmen und einigen Juristen,
37 dass der Mensch an erster Stelle steht bzw. die Rechte von Tieren praktisch nicht oder kaum

38 existieren. Hier muss die Frage erlaubt sein, wann endlich zu Gunsten des Tierschutzes und
39 gegen die wirtschaftlichen Interessen entschieden wird, wenn nicht in diesem Fall, bei dem
40 Millionen von Lebewesen getötet werden.

41 Denn das Töten der männlichen Küken steht auch stellvertretend für eine Industrie, die nur
42 darauf ausgerichtet ist den Profit zu maximieren und das Tier und die Umwelt auszubeuten.

43

44

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: EnU 09

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, S&D Fraktion im EU-Parlament

Betr.: Deklarationspflicht verschärfen!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die Lebensmittelindustrie versorgt uns mit immer neuen Ideen, die unser Leben leichter
2 machen und den Kochvorgang vereinfachen sollen. Fertiggerichte und andere verarbeitete
3 Produkte enthalten oft Zusätze wie Aromen und Geschmacksverstärker. Häufig sind diese
4 jedoch unter komplizierten Namen verborgen und nicht explizit auf der Verpackung vermerkt,
5 denn nicht alle sind deklarationspflichtig. Neben deklarationspflichtigen
6 Geschmacksverstärkern, gibt es auch vermeintlich natürliche Zusatzstoffe in Produkten, welche
7 jedoch die gleiche Wirkung erzielen. Hier liegt eine zielgerichtete Täuschung der
8 Verbraucher*innen vor!

9
10 Deshalb fordern wir:

- 11
- 12 • Eine genaue Prüfung aller bisher nicht deklarationspflichtigen Zusatzstoffe und Aromen
 - 13 auf ihre Wirkung auf die Verbraucher*innen.
 - 14 • Die Kennzeichnung aller geschmacksverstärkenden und geschmacksverfälschenden
 - 15 Zusatzstoffe und Aromen auf der Verpackung.
 - 16 • Die Deklaration der Wirkung des Zusatzstoffes und Aromen auf der Verpackung. Dies
 - 17 könnte über einen QR-Code oder Ähnlichem ermöglicht werden.

18
19 Weiterhin halten wir an der Forderung nach einer Lebensmittelampel fest.

20
21
22 Begründung:

23
24 Erfolgt mündlich

- 25
26
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: Eu 01

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksvorstand, SPD-Landesparteitag

Betr.: 60 Jahre Römische Verträge
Die Zukunft Europas gemeinsam gestalten

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 **60 Jahre Römische Verträge**
3 **Die Zukunft Europas gemeinsam gestalten**
4

5 Der Vorstand des SPD-Bezirks Hessen Nord gründet eine Arbeitsgruppe „Die Zukunft Europas
6 gemeinsam gestalten“. Diese Arbeitsgruppe soll einen Diskussionsprozess steuern, in dem sich
7 die Mitglieder des SPD-Bezirks Hessen-Nord mit den von der EU-Kommission zur Diskussion
8 gestellten Papieren auseinandersetzen und im Rahmen mehrerer Veranstaltungen eine
9 sozialdemokratische Position zur Zukunft der Europäischen Union erarbeiten, die auf dem SPD-
10 Bezirksparteitag 2018 diskutiert und beschlossen werden soll. Dieses Ergebnis soll dann in die
11 Erarbeitung unseres Europawahlprogramms der Bundespartei einfließen.
12

13
14 **Begründung:**
15

16 60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge brauchen wir die Europäische Union
17 mehr denn je. Die Herausforderungen des 21. Jahrhundert können wir nicht mehr auf nationaler
18 Ebene lösen. Nicht als Nationalstaaten, sondern nur gemeinsam als vereintes Europa sind wir
19 stark. Mit Großbritannien steigt nun das erste Land aus der Staatengemeinschaft wieder aus. In
20 Polen und Ungarn regieren Nationalisten. In den Niederlanden konnten die Rechtspopulisten
21 nur knapp in die Schranken verwiesen werden. Die Europäische Union steht am Scheideweg.
22 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen an dieser Stelle Verantwortung
23 übernehmen und dem Europäischen Projekt wieder neues Leben einhauchen.
24

25 Die Europäische Union ist ein einzigartiges übernationales Projekt, dass uns über 70 Jahre
26 Frieden auf dem Kontinent gesichert hat. Diese Leistung ist heute immer weniger Europäern
27 bewusst. Deshalb ist es höchste Zeit, Europa neu zu buchstabieren und einen Kern für das
28 europäische Projekt zu definieren, der eine neue Akzeptanz und Begeisterung bei den
29 Bürgerinnen und Bürgern für Europa schafft.
30

31 Die Europäische Union zeichnet sich durch viele einzigartige Leistungen und Projekte aus.
32 Hierzu gehören unter anderem die vielfältigen europäischen Fördermittel. Viele Erfolge in
33 unserer Region hätte es ohne die Europäische Union so nicht gegeben: für die
34 Strukturförderung aus dem EFRE-Programm 2014-2020 stehen dem Land Hessen 240,7
35 Millionen Euro zur Verfügung. Allein in die Stadt Kassel sind so in den letzten 10 Jahren 25
36 Millionen Euro EU-Fördermittel geflossen – für die Grimmwelt, den Science Park, die
37 Standortentwicklung für das Fraunhofer-Institut am Hauptbahnhof, die lokale Ökonomie, für das

38 Gebiet „Soziale Stadt Wesertor“ und vieles mehr. Aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds
39 für die Entwicklung des ländlichen Raums ELER erhält Nordhessen für das
40 Breitsbandausbauprojekt „NGA Cluster Nordhessen“ 20 Millionen Euro. Dieses Projekt der
41 Breitband Nordhessen GmbH wurde von der Europäischen Kommission als eines der Top 5
42 Breitbandausbauprojekte in Europa ausgezeichnet. In Nordhessen gibt es 14 Leader-Regionen,
43 denen knapp 28 Millionen Euro für den Projektzeitraum 2014-2020 als Planungsmittel zur
44 Verfügung stehen. In die Stadt Kassel sind in den vergangenen zehn Jahren 25 Millionen Euro
45 EU-Fördermittel geflossen – für die Grimmwelt, den Science Park, die Standortentwicklung für
46 das Fraunhofer-Institut am Hauptbahnhof, die lokale Ökonomie, für das Gebiet „Soziale Stadt
47 Wesertor“ und vieles mehr.

48
49 Darüber hinaus gibt es den Europäischen Sozialfonds ESF, die Direktzahlungen in der
50 Landwirtschaft, um nur einige zu nennen. Ergänzt wird dies durch den „Juncker-Plan“, mit
51 dessen Hilfe insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden sollen –
52 die ersten Erfahrungen zeigen: es kann funktionieren.

53
54 Unsere Region gehört laut einer Untersuchung der EU-Kommission zu den innovativsten
55 Regionen in der Europäischen Union. Das ist die Leistung der Bürgerinnen und Bürger hier in
56 der Region. Vieles davon kann am Ende nur auf den Weg gebracht werden, weil die EU
57 innovative Ideen konkret unterstützt. Statt die europäische Unterstützung in den Mitgliedstaaten
58 und Regionen zu hervorzuheben, wird die EU in der öffentlichen Wahrnehmung für ihre
59 vermeintliche Vormundschaft oder Bürokratie kritisiert.

60
61 Seit November 2016 gibt es allerdings in Deutschland eine Gegenbewegung, die sich diesem
62 vermeintlichen Zeitgeist mit einfachen Mitteln öffentlich entgegen stellt: Die Bewegung „Pulse of
63 Europe“. Mittlerweile fasst diese Initiative auch in zahlreichen weiteren EU-Mitgliedstaaten Fuß.
64 Es ist ein gutes und wichtiges Signal, dass endlich Menschen parteiübergreifend für ein
65 geeintes Europa und gegen Nationalismus auf die Straße gehen und versuchen, der
66 „schweigenden Mehrheit“ überzeugter Europäer Stimme und Gesicht zu verleihen. Sie stellen
67 sich damit auch an die Seite anderer pro-europäischer Bewegungen wie beispielsweise der
68 Europa Union und ergänzen deren Wirken mit ihren Kundgebungen. Die nordhessischen
69 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen diese Entwicklung sehr und unterstützen
70 diesen Ansatz. Wir dürfen Nationalisten und Rechtspopulisten die Kommunikation über unser
71 Europa nicht überlassen – wir müssen selber unsere Stimme für Europa dagegen laut werden
72 lassen.

73
74 Was wir brauchen, ist ein normaler Umgang aller Beteiligten mit der EU. Wie auf den anderen
75 Ebenen der Politik muss einerseits das kritisiert werden, was verbesserungswürdig ist.
76 Andererseits aber müssen wir das, was gut läuft, positiv begleiten. (Fast) niemand käme
77 ernsthaft auf die Idee, die Bundesrepublik, das Land Hessen oder die Kommunen
78 abzuschaffen, weil wir an politischen Verfahren, Strukturen oder Inhalten etwas auszusetzen
79 haben. Genau das geschieht aber bei der EU, die gerne als Blitzableiter von nationalen
80 Entscheidungsträgern herangezogen wird.

81
82 Wir brauchen eine pro-europäische Bürgerbewegung. Wir Bürgerinnen und Bürger Europas
83 müssen dort den Finger in die Wunde legen, wo etwas konkret nicht funktioniert. Es gibt viele
84 Kanäle, über die Verbesserungsvorschläge eingebracht werden können. Wir müssen die vielen
85 Nordhessinnen und Nordhessen, die sich aktiv für europäische Projekte einsetzen und sie nach
86 Kräften unterstützen, mehr in den Blick der Öffentlichkeit rücken und sie angemessen würdigen
87 – denn wir wollen gerne mehr davon.
88 Identifikation kann am Ende nur durch gemeinsames Handeln entstehen. Wir brauchen die EU
89 – aber die EU braucht das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger.

90
91 Am 1. März 2017 hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das „Weißbuch zur Zukunft
92 Europas“ vorgestellt. Der Dialogprozess mit dem Europäischen Parlament, den nationalen
93 Parlamenten, den Regionen und Kommunen und der gesamten Zivilgesellschaft soll in einem

94 Zwischenschritt zur Präsentation von Junckers Vorstellungen zur Zukunft Europas in seinem
95 „Bericht zur Lage der Union“ im September 2017 münden. Im weiteren Verlauf soll dann der
96 Europäische Rat bis Ende 2017 erste Schlussfolgerungen ziehen, um mit ausreichendem
97 Abstand vor den Europawahlen, die im Juni 2019 stattfinden werden, über die Zukunft Europas
98 zu entscheiden. Diesen Prozess muss die Sozialdemokratische Partei Deutschlands konstruktiv
99 und inhaltlich begleiten.

100

101 Die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem neuen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin
102 Schulz erhält derzeit einen besonders hohen Zuspruch. Durch die Kandidatur dieses
103 überzeugten und bodenständigen Europäers ist deutlich Bewegung in die deutsche
104 Parteienlandschaft und die bundespolitische Debatte zurückgekehrt. Diesen Schwung sollten
105 wir nutzen und produktiv umsetzen. Die SPD muss auf allen Ebenen die Diskussion über die
106 Zukunft Europas ins Zentrum des Bundestagswahlkampfes stellen.

107

108

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Initiativantrag: 01

Antragsteller:

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Änderungsantrag zum Entwurf des Leitantrags der
Programmkommission für das Regierungsprogramm 2017

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 **Folgende Änderungen sollen im Abschnitt „Es ist Zeit für eine gesunde und saubere**
- 3 **Zukunft“ im Entwurf zum Bundestagswahlprogramm vorgenommen werden:**
- 4
- 5 Zeile 1241: Streiche "Technologieneutralität und"
- 6
- 7 Zeile 1241: Füge ein nach "Innovationsoffenheit": Den europäischen Emissionshandel werden
- 8 wir als zentrales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und einen CO2-Mindestpreis
- 9 einführen.
- 10
- 11 Zeile 1245: Füge ein nach "vollenden" - Energiegerechtigkeit herstellen
- 12
- 13 Zeile 1246: Füge ein:
- 14 Ohne Erneuerbare Energien sind diese Ziele nicht erreichbar. Diese sind in den letzten 17
- 15 Jahren dank des Erneuerbaren Energien Gesetzes immer billiger geworden. Dabei müssen sie
- 16 sich gegen überkommene Energieträger behaupten, die jahrzehntelang subventioniert worden
- 17 sind und zum großen Teil mit bereits abgeschriebenen Kraftwerken arbeiten. Es ist daher auch
- 18 eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir die Erneuerbaren Energien fördern. Diese Förderung war
- 19 von Beginn an degressiv – das heißt: die Einspeisevergütung ist immer weiter gesunken.
- 20 Diesen Prozess wollen wir mit Augenmaß fortsetzen. Unser Ziel ist eine Energieversorgung zu
- 21 100% aus Erneuerbaren Energien.
- 22
- 23 Es gibt viele Gründe, die Energiewirtschaft so schnell als möglich zu 100% auf dezentral
- 24 genutzte Erneuerbare Energien umzustellen. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren
- 25 Energien ist mittel- und langfristig kostengünstiger als das Verbrennen von fossilen
- 26 Energieträgern oder das lebensgefährliche Spiel mit der Atomtechnologie. Ohne Subventionen
- 27 für fossile und nukleare Energieträger wären die Erneuerbaren schon heute kostengünstiger als
- 28 diese. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht uns unabhängig von
- 29 konfliktreichen Herkunftsländern und entzieht den Konflikten um Öl, Kohle, Erdgas und Uran
- 30 gleichzeitig den Treibstoff. Sie ist damit ein aktiver Beitrag zum Frieden. Sie macht die Welt
- 31 sicherer. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien holt die Wertschöpfung in die
- 32 Regionen und stärkt damit die ländlichen Räume, sie schafft hochwertige Arbeitsplätze in
- 33 Produktion, Aufbau, Betrieb, Pflege, Wartung und später auch Abbau und Recycling von
- 34 Erneuerbare-Energien-Anlagen. Sie ist im besten Sinn bürgernah und mittelständisch. Die
- 35 dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht unsere Energieversorgung sicherer
- 36 gegen Störungen von innen, wie von außen. Sie ist in ihrer Wirkung marktwirtschaftlich und wird
- 37 zu einem fairen Energiemarkt ohne unfaire Oligopolprofite führen. Die dezentrale Nutzung von

38 Erneuerbaren Energien verringert massiv die Belastung unserer Luft mit Schadstoffen und rettet
39 damit jedes Jahr tausende Menschenleben. Sie reduziert den Ausstoß von CO2 und ist damit
40 die einzige richtige Antwort auf die Klimakatastrophe und die von Deutschland eingegangenen
41 Verpflichtungen zum Klimaschutz. Je schneller wir zu einer dezentralen Nutzung von
42 Erneuerbaren Energien zur vollständigen Abdeckung des Energiebedarfs kommen, desto
43 kostengünstiger wird dieser Umbau der Energieversorgung, da bei einem schnellen Umbau der
44 kostspielige Parallelbetrieb nicht kompatibler Energieversorgungssysteme minimiert oder gar
45 vermieden werden kann.

46
47 Zeile 1248: Ersetze "bezahlbar ist" durch "funktioniert"

48
49 Zeile 1250: Füge ein nach "statt.": Darüber hinaus leisten wir uns in vielen Bereichen einen
50 Parallelbetrieb der alten fossil-atomen und der neuen erneuerbaren Energiewirtschaft.

51
52 Zeile 1252: Füge ein nach "Entwicklungsprogramme: und durch die Aufhebung behindernder
53 regulatorischer Rahmenbedingungen

54
55 Zeile 1253: Streiche: Dabei haben rentable Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor dem
56 Erzeugen zusätzlicher Energie.

57
58 Zeile 1256: Ersetze "Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs" durch: Vorbildern der
59 energieeffizienter Verwendung von Erneuerbaren Energien

60
61 Zeile 1259: Füge ein nach "dabei": nicht nur

62
63 Zeile 1259: Füge ein nach "bleibt": , sondern wollen den weiteren Ausbau der Erneuerbaren
64 Energien auch weiterhin als Impulsgeber und Innovationstreiber für unsere Industrie nutzen.
65 Anlagen zur Ernte von Erneuerbaren Energien werden aus Deutschland in die ganze Welt
66 geliefert. Mehr als 350.000 Arbeitsplätze sind in Deutschland bereits durch den Ausbau
67 Erneuerbaren Energien entstanden und das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft. Wir
68 werden dafür sorgen, dass die Erneuerbaren Energien ein Jobmotor unserer Volkswirtschaft
69 sind.

70
71 Zeile 1259: Streiche "Den europäischen Emissionshandel werden wir als zentrales
72 Klimaschutzinstrument 1260 weiterentwickeln und einen CO2-Mindestpreis einführen."
73 (verschoben nach Zeile 1241, siehe oben)

74
75 Zeile 1261: Streiche "Dabei werden wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im
76 Klimaschutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern."

77
78 Zeile 1263: Streiche "Die vollständige", füge ein: Auf dem Weg zur vollständigen"

79
80 Zeile 1263: Streiche "wenn auf dem Weg dorthin konventionelle 1263 Energieträger den
81 Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen. Weil der Strombedarf steigt"

82
83 Zeile 1265: Füge ein nach "Erdgas": und zunehmend auch Erneuerbares Gas aus Power-to-
84 Gas-Anlagen

85
86 Zeile 1266: Füge ein nach "Moderne": dezentrale

87
88 Zeile 1276: Füge ein nach "sicher": und jederzeit rückholbar

89
90 Zeile 1283: Füge ein nach "profitieren.": Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Förderung von
91 Mieterstrommodellen nicht gedeckelt wird.

92

93 Zeile 1286: Streiche: "Wir werden gleichzeitig darauf achten", Füge stattdessen ein: Unser Ziel
94 ist

95
96 Zeile 1290: Füge ein nach "Energiegenossenschaften": und mittelständische Unternehmen, die
97 in Erneuerbare Energien investieren

98
99 Zeile 1290: Füge ein nach "fördern.": Dafür werden wir die von der EU-Kommission
100 vorgeschlagene De-minimis-Regelung für kleine Energieprojekte von max. 6 Anlage mit je
101 maximal 3 MW installierte Leistung im Erneuerbare Energien Gesetz verankern.

102
103 Zeile 1292: Füge ein nach "Stadtwerken": und Verteilnetzbetreibern

104 Zeile 1293: Füge ein nach "zu": Wir werden den regulatorischen Rahmen so gestalten, damit
105 sie diese Schlüsselrolle ausfüllen können.

106
107
108

109 Der Abschnitt lautet dann wie folgt:

110

111 **Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft**

112

113 **Umweltgerechtigkeit** ist das Ziel unserer Politik. Denn eine zerstörte Umwelt gefährdet die
114 Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir wollen allen Menschen
115 den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer,
116 eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt gehören dazu. Wir stehen in der Verantwortung, eine
117 gesunde und saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkinder zu bewahren.

118

119 Für viele Menschen auf unserem Planeten hängen die Chancen auf ein Leben in Wohlstand
120 und Frieden vom erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel ab. **Klimaschutzpolitik ist**
121 **daher immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität.** Die Vereinten
122 Nationen haben sich 2015 auf dem Klimagipfel in Paris auf eine treibhausgasneutrale
123 Weltwirtschaft verständigt. Es dürfen also nur noch so viele Treibhausgase entstehen, wie von
124 der Natur im gleichen Zeitraum wieder aufgenommen werden. In Deutschland wollen wir bis
125 2020 den Ausstoß von CO₂ im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis 2050
126 um 80 bis 95 Prozent. Das bedeutet, **vollständig von fossilen Energien auf erneuerbare**
127 **Energien umzusteigen.**

128

129 In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den
130 Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Wir werden ein **nationales Klimaschutzgesetz**
131 erarbeiten. Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren enthalten. Im Rahmen
132 dessen setzen wir auf Innovationsoffenheit. Den europäischen Emissionshandel werden wir als
133 zentrales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und **einen CO₂-Mindestpreis einführen.**
134 Darüber hinaus werden wir alle Subventionen und Steuern daraufhin überprüfen, wie sie auf
135 das Klima wirken. Wir werden Deutschland zur **energieeffizientesten Volkswirtschaft der**
136 **Welt machen.** Das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.

137

138 **Energiewende vollenden - Energiegerechtigkeit herstellen**

139

140 Ohne Erneuerbare Energien sind diese Ziele nicht erreichbar. Diese sind in den letzten 17
141 Jahren dank des Erneuerbaren Energien Gesetzes immer billiger geworden. Dabei müssen sie
142 sich gegen überkommene Energieträger behaupten, die jahrzehntelang subventioniert worden
143 sind und zum großen Teil mit bereits abgeschriebenen Kraftwerken arbeiten. Es ist daher auch
144 eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir die Erneuerbaren Energien fördern. Diese Förderung war
145 von Beginn an degressiv – das heißt: die Einspeisevergütung ist immer weiter gesunken.
146 Diesen Prozess wollen wir mit Augenmaß fortsetzen. Unser Ziel ist eine Energieversorgung zu
147 100% aus Erneuerbaren Energien.

148

149 Es gibt viele Gründe, die Energiewirtschaft so schnell als möglich zu 100% auf dezentral
150 genutzte Erneuerbare Energien umzustellen. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren
151 Energien ist mittel- und langfristig kostengünstiger als das Verbrennen von fossilen
152 Energieträgern oder das lebensgefährliche Spiel mit der Atomtechnologie. Ohne Subventionen
153 für fossile und nukleare Energieträger wären die Erneuerbaren schon heute kostengünstiger als
154 diese. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht uns unabhängig von
155 konfliktreichen Herkunftsländern und entzieht den Konflikten um Öl, Kohle, Erdgas und Uran
156 gleichzeitig den Treibstoff. Sie ist damit ein aktiver Beitrag zum Frieden. Sie macht die Welt
157 sicherer. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien holt die Wertschöpfung in die
158 Regionen und stärkt damit die ländlichen Räume, sie schafft hochwertige Arbeitsplätze in
159 Produktion, Aufbau, Betrieb, Pflege, Wartung und später auch Abbau und Recycling von
160 Erneuerbare-Energien-Anlagen. Sie ist im besten Sinn bürgernah und mittelständisch. Die
161 dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht unsere Energieversorgung sicherer
162 gegen Störungen von innen, wie von außen. Sie ist in ihrer Wirkung marktwirtschaftlich und wird
163 zu einem fairen Energiemarkt ohne unfaire Oligopolprofite führen. Die dezentrale Nutzung von
164 Erneuerbaren Energien verringert massiv die Belastung unserer Luft mit Schadstoffen und rettet
165 damit jedes Jahr tausende Menschenleben. Sie reduziert den Ausstoß von CO₂ und ist damit
166 die einzige richtige Antwort auf die Klimakatastrophe und die von Deutschland eingegangenen
167 Verpflichtungen zum Klimaschutz. Je schneller wir zu einer dezentralen Nutzung von
168 Erneuerbaren Energien zur vollständigen Abdeckung des Energiebedarfs kommen, desto
169 kostengünstiger wird dieser Umbau der Energieversorgung, da bei einem schnellen Umbau der
170 kostspielige Parallelbetrieb nicht kompatibler Energieversorgungssysteme minimiert oder gar
171 vermieden werden kann.

172
173 Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche
174 Versorgung gesichert bleiben. **Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende.**
175 Damit die Energiewende funktioniert, müssen die **verschiedenen Energiesektoren** stärker
176 verbunden werden. Bisher findet die Energiewende in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr
177 relativ isoliert voneinander statt. Darüber hinaus leisten wir uns in vielen Bereichen einen
178 Parallelbetrieb der alten fossil-atomen und der neuen erneuerbaren Energiewirtschaft. Das
179 macht sie unnötig teuer. Speicher und andere Technologien für die Sektorenkopplung und die
180 Digitalisierung der Energiewende wollen wir gezielt durch Forschungs- und
181 Entwicklungsprogramme und durch die Aufhebung behindernder regulatorischer
182 Rahmenbedingungen voranbringen. Maßnahmen zur **Energieeffizienz werden wir ausbauen.**
183 Wir wollen insbesondere den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu
184 **Vorbildern der energieeffizienten Verwendung von Erneuerbaren Energien** entwickeln.
185 Energieeffizienzstandards von Produkten und Dienstleistungen werden wir weiter verbessern.
186 Spätestens **2050 müssen wir Energie nahezu vollständig treibhausgasneutral erzeugen.**
187 Wir stellen dabei nicht nur sicher, dass Deutschlands Industrie international wettbewerbsfähig
188 bleibt, sondern wollen den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien auch weiterhin als
189 Impulsgeber und Innovationstreiber für unsere Industrie nutzen. Anlagen zur Ernte von
190 Erneuerbaren Energien werden aus Deutschland in die ganze Welt geliefert. Mehr als 350.000
191 Arbeitsplätze sind in Deutschland bereits durch den Ausbau Erneuerbaren Energien entstanden
192 und das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft. Wir werden dafür sorgen, dass die
193 Erneuerbaren Energien ein Jobmotor unserer Volkswirtschaft sind.

194
195 Auf dem Weg zur vollständigen Energiewende wird Erdgas und zunehmend auch
196 Erneuerbares Gas aus Power-to-Gas-Anlagen im **Energiemix für eine flexible, sichere und**
197 **CO₂-arme Energieerzeugung** bedeutender. Moderne dezentrale Anlagen der Kraft-Wärme-
198 Kopplung werden eine wichtige Rolle im Energiesystem übernehmen. Wir werden sie deshalb
199 entsprechend fördern.

200
201 Der Schutz unseres Trinkwassers und der Gesundheit haben für uns oberste Priorität. Daher
202 haben wir ein **unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking** durchgesetzt. Die hier
203 bestehenden Risiken für Mensch und Umwelt sind größer als die wirtschaftlichen Chancen.

204 Deshalb stehen wir dafür, dass es bei einem Verbot bleibt. Zudem werden wir die
205 Schutzstandards in der konventionellen Erdgasförderung überprüfen und beständig anpassen.
206

207 2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Mit dem hinterlassenen Atommüll
208 müssen wir gesamtgesellschaftlich verantwortungsvoll umgehen. Das gilt nicht zuletzt für die
209 Konzerne, die mit Atomkraftwerken jahrzehntelang viel Geld verdient haben. Die Endlagerung
210 des Atommülls muss nach menschlichen Maßstäben auf ewig sicher und jederzeit rückholbar
211 sein. Wir werden bei anderen Staaten aktiv dafür werben, aus der Atomenergie auszusteigen.
212 In der EU werden wir uns dafür einsetzen, die Fördermöglichkeiten zum Bau neuer
213 Atomkraftwerke abzuschaffen. In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für
214 Exporte so regeln, dass Atomenergie-Projekte davon ausgeschlossen werden.
215

216 Wir wollen, dass alle Menschen an der Rendite der Energiewende teilhaben. Mieterinnen und
217 Mieter sollen über sogenannte Mieterstrommodelle von der Einspeisung regenerativer Energien
218 und einer eigenen Stromerzeugung finanziell profitieren. Wir setzen uns daher dafür ein, dass
219 die Förderung von Mieterstrommodellen nicht gedeckelt wird. Wir werden Hausbesitzerinnen
220 und Hausbesitzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche
221 Weise energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Unser Ziel ist,
222 dass Wohnen für Mieterinnen und Mieter bezahlbar bleibt.
223

224 Sinkende Börsenstrompreise und Einkaufspreise der Gasversorger müssen bei den
225 Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen. Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle
226 der Energiewende prüfen. Wir werden Bürger-Energiegenossenschaften und mittelständische
227 Unternehmen, die in Erneuerbare Energien investieren fördern. Dafür werden wir die von der
228 EU-Kommission vorgeschlagene De-minimis-Regelung für kleine Energieprojekte von max. 6
229 Anlage mit je maximal 3 MW installierte Leistung im Erneuerbare Energien Gesetz verankern.
230 Kommunen sollen ihre Netzinfrastruktur rekommunalisieren können, wenn sichergestellt ist,
231 dass der Netzbetrieb sicher und effizient erbracht werden kann. Den Stadtwerken und
232 Verteilnetzbetreibern kommt bei der Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle zu. Wir
233 werden den regulatorischen Rahmen so gestalten, damit sie diese Schlüsselrolle ausfüllen
234 können.
235

236
237
238

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: IR 01

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: "Hesse ist, wer Hesse sein will" – Gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der hessischen Verfassung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern den SPD-Landesverband sowie die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich gegen die
2 Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der hessischen Verfassung einzusetzen. Wir
3 fordern eine Präambel frei von religiös-weltanschaulichen Formulierungen, die offen ist für alle
4 in Hessen lebenden Menschen im Sinne der vom ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten
5 Georg-August Zinn formulierten Worte: "Hesse ist, wer Hesse sein will."
6
7

8 **Begründung:**

9
10 Seit 1946 lautet die Präambel der hessischen Verfassung:

11
12 "In der Überzeugung, dass Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart
13 und Zukunft haben kann, hat sich Hessen als Gliedstaat der deutschen Republik diese
14 Verfassung gegeben."
15

16 Die CDU-Fraktion im hessischen Landtag beabsichtigt, im Zuge des aktuellen
17 Verfassungsreformprozesses die Präambel wie folgt zu ändern:
18

19 „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, in dem Willen, Würde,
20 Leben und Freiheit des Einzelnen zu achten, den Wohlstand der Menschen zu fördern, das
21 Gemeinschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu ordnen, die natürlichen Lebensgrundlagen
22 nachhaltig zu schützen, den Frieden zu sichern, den Rechtsstaat zu erhalten und als
23 lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland einem vereinten Europa und der Welt zu
24 dienen, hat sich Hessen, eingedenk seiner Geschichte und christlich-humanistischen Tradition,
25 ausgehend von den leidvollen Erfahrungen totalitärer Gewaltherrschaft und in der
26 Überzeugung, dass Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und
27 Zukunft haben kann, diese Verfassung gegeben.“
28
29

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal**

Antrag: IR 02

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Glaubensüberprüfung von zum Christentum konvertierten Asylsuchenden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Wir fordern die SPD-Bundesfraktion auf, alles dafür zu tun, was nötig ist, um die
3 Glaubensüberprüfungen von asylsuchenden Konvertiten durch das BAMF abzuschaffen.
4 Stattdessen sollen Kirchen- und/oder Gemeindeverantwortliche den Glaubenswechsel
5 dokumentieren, bestätigen und dem Asylantrag beifügen.
6
7
8 **Begründung:**
9
10 Es kann nicht geduldet werden, dass staatliche Stellen den Glauben eines Menschen
11 überprüfen. Denn der Glaube ist, zumindest in unseren westlichen Demokratien, reine
12 Privatsache. Und da bei uns alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, ist der Glaube von
13 Asylsuchenden ebenso Privatsache. Zudem stellt sich die Frage, ob die
14 Glaubensüberprüfungen nur an christlich gewordenen Muslimen durchgeführt werden oder alle
15 Konvertiten jedweder Religion davon betroffen sind.
16 Wir können nachvollziehen, dass das BAMF bei Konvertiten größtmögliche Sicherheit dafür
17 haben möchte, ob ein Asylsuchender zum christlichen Glauben übergetreten ist oder nicht.
18 Getaufte Christen schiebt Deutschland nämlich nicht ab. Wir bezweifeln aber, dass Nicht-
19 Theologen, also Verwaltungsangestellte und Beamte des BAMF, eine Glaubensbefragung
20 qualifiziert durchführen können.
21 Wir sehen bei der Glaubensüberprüfung durch das BAMF auch eine Missachtung kirchlicher
22 und seelsorgerischer Arbeit. Denn den Pfarrerinnen und Pfarrern, die die Konvertiten-Taufen
23 vollziehen, wird indirekt unterstellt, sie machten das bloß, damit die betreffenden
24 Asylsuchenden im Land bleiben können. Die Erfahrung zeigt aber, dass Menschen in
25 Lebensgefahr geraten, wenn sie vom Islam zum Christentum übertreten. Es wird wohl kaum ein
26 Asylsuchender leichtfertig seinen Glauben wechseln, wenn er befürchten muss, verstoßen,
27 verfolgt oder getötet zu werden.
28 Wir in der SPD reden viel von Wertschätzung. Deshalb sollten wir unseren Worten auch Taten
29 folgen lassen. Lippenbekenntnisse schaffen keine soziale Gerechtigkeit.
30
31

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal**

Antrag: IR 03

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Das Innenministerium des Bundeslands Brandenburg sieht einen Erlass vor, der effektiv
2 rassistisch motivierte Straftaten eindämmen kann: Ein längeres Bleiberecht für Flüchtlinge, die
3 Opfer rechter Gewalt wurden. Dieses soll zumindest für die Dauer der Ermittlungs- und
4 Strafverfahren gelten.
5 Die SPD Nordhessen fordert daher, dieses Konzept auch in Hessen zu übernehmen, um
6 Straftaten erfolgreich einzuschränken und Opfern rechter Gewalt Schutz und Sicherheit zu
7 bieten.

8
9

10 Begründung:

11
12 In Hessen gab es laut den hessischen Ermittlern alleine im Jahr 2015 mindestens 42 politisch
13 rechts motivierte gewaltsame Übergriffe auf Asylsuchende und Flüchtlingsheime. Das
14 brandenburgische Konzept in Hessen umzusetzen wäre ein wichtiger Schritt, präventiv
15 Straftaten gegen Flüchtlingen vorzubeugen, da rechtsradikal motivierte Straftaten eine positive
16 Auswirkung auf die Bleibeperspektive der betroffenen Flüchtlinge haben werden.

17
18

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: IR 04

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD- Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Änderung des Rundfunkstaatsvertrags

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Im Rahmen der Digitalisierung muss die Sozialdemokratie sich für eine Modernisierung und
2 Änderung des Rundfunkstaatsvertrags (RStV) einsetzen.
3 Im §2 des RStV steht beschrieben, wie das deutsche Recht Rundfunk bewertet. Dies betrifft, in
4 Ermangelung eines modernisierten Gesetzes, auch die Medienangebote, die das Internet
5 anbietet. Das führt dazu, dass halbwegs regelmäßige Streams (über YouTube, Twitch und
6 andere Streamanbieter) ab 500 Zuschauern eine Rundfunklizenz benötigen – die jährlich
7 zwischen 2.500€ und 10.000€ kosten würde. Vor allem bei geringen Zuschauerzahlen und einer
8 Einschränkung der Rentabilität der Content-Erschaffer, würde das faktisch zum Aus von den
9 meisten, wenn nicht allen, Streams in Deutschland führen. Dies gilt es zu verhindern, da wir
10 davon ausgehen, dass jeder Mensch sich selbst sein mediales Unterhaltungsprogramm
11 aussuchen kann. Die Beibehaltung des RStV in der jetzigen Form würde dazu führen, dass die
12 Vielfalt im Netz in Deutschland stark eingeschränkt würde, wogegen die SPD sich positionieren
13 muss. Deshalb setzen wir uns für ein Verbot privater Gebühren für die Mediennutzung ein.
14
15

16 Begründung:

17

18 Erfolgt mündlich

19

20

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: IR 06

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Das Internet als Politikbereich ist schon lange kein Nischenthema mehr, dass nur Expert*innen
2 der Informationstechnologie betrifft. Seit der Jahrtausendwende und nochmal verstärkt mit dem
3 Einzug des Smartphones ist die Digitalisierung aus unserem Alltag kaum mehr weg zu denken.
4 Wir informieren uns online, kommunizieren ortsunabhängig in Echtzeit miteinander, spielen,
5 lieben und organisieren uns im Internet. „Smart“ sind heute nicht nur das Telefon, die
6 Armbanduhr, der Fernseher, der Kühlschrank oder das Auto. Die digitale Revolution der
7 Arbeitswelten ist in vollem Gange. Menschen organisieren sich über die ganze Welt hinweg, um
8 am kulturellen und politischen Leben teilzuhaben, organisieren kulturelle Vielfalt,
9 Solidaritätsaktionen, Widerstände und ganze Revolutionen - gleichzeitig nimmt das Interesse an
10 Parteien, insbesondere in unserer Generation, stetig ab. Staatliche wie private Akteur*innen
11 konnten eine Überwachungsinfrastruktur durchsetzen, die längst Orwellsche Züge
12 angenommen hat.

13
14 Ob Utopie oder Dystopie, das Internet ist längst zu einem eigenen Lebensraum erwachsen -
15 höchste Zeit also, die Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter fit zu machen.

16
17
18 **Das Internet als offene Gesellschaft: frei, gleich und solidarisch!**
19 Es ist unsere Überzeugung, dass eine Gesellschaft nur dann gerecht ist, wenn sie für alle
20 Menschen offen ist. Das heißt nicht, dass alle die gleichen Vorlieben, Talente oder
21 Überzeugungen teilen müssen, sondern, dass wir Vielfalt als bereichernd anerkennen und allen
22 Menschen Gelegenheit geben, ein würdiges Leben nach ihren eigenen Wünschen zu führen.

23
24 Es ist also unsere Aufgabe in der Tradition der Sozialdemokratie, die Freiheit der Individuen
25 gegenüber dem Staat, aber auch gegenüber dem kapitalistischen System zu verteidigen. War
26 es früher der Kampf gegen Erb-Tyrannie und für Demokratie, der zur Französischen Revolution
27 und viel später zum Frauenwahlrecht führte, so haben sich in Zeiten der Digitalisierung neue
28 Herausforderungen entwickelt: staatliche Überwachungsinstanzen verfolgen heute auch in
29 sogenannten westlichen Demokratien jeden unserer Schritte, hören jedes unserer Worte mit.
30 Privatkapitalistische Großkonzerne schöpfen weltweit und weitgehend ungehindert durch die
31 Nationalstaaten und Staatenverbünde, wie auch weitgehend ohne Widerstand der Bürgerinnen
32 und Bürger gigantische Datenmengen ab und verknüpfen diese zu einem übernationalen
33 Überwachungssystem. Im Gespräch sind u. A. der „Citizen Score“ in China, nach dem das am
34 meisten angepasste Verhalten der Bürger*innen belohnt und Abweichungen sanktioniert
35 werden sollen. Ähnliches planen bereits gewinnorientierte Unternehmen in Europa: von der
36 Krankenkasse, die Bewegungs- und Ernährungsverhalten überwacht, bis hin zur KFZ-
37 Versicherung, die Fahrweisen analysiert, ist es nur ein kleiner Schritt von finanziellen Anreizen
38 zu verhaltensbeeinflussender Willkür. Obgleich ein Schritt zurück zur analogen Zeit unser Ziel

39 nicht sein kann, bedürfen technische Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle.

40
41 Das dezentrale Internet trägt die Wurzel des gleichen Zugangs zu Bildung, Kultur und
42 demokratischer Partizipation in sich. Junge Menschen organisieren ihre außerschulische
43 Bildung in kreativer Weise anhand ihrer individuellen Fähigkeiten und Interessen selbst,
44 schließen sich lose und persönlich zu Communities zusammen. Doch über allem Fortschritt
45 schwebt der „digital divide“, den es sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt zu
46 überwinden gilt: kostenloser Zugang zu Bildung von Anfang an, Medienkompetenz, die
47 Fähigkeiten zum kritischen Lesen und der Quellenbewertung aber auch das freie Verfügen über
48 Zeit sind längst Fragen der sozialen (Un-)Gleichheit geworden.

49
50 Unter dem Schlagwort „hate speech“ verstehen wir inzwischen den entgrenzten Hass, der
51 anonym in die Welt geschleudert wird. Hier zeigen sich gesellschaftliche Zerwürfnisse, die
52 beispielsweise über die Mitte-Studie als Xenophobie und Sexismus seit langem in der Mitte der
53 Gesellschaft nachgewiesen wurden. Dieser offensichtliche Hass und die dahinterliegende Angst
54 bedürfen einerseits unserer Solidarität gegenüber den Angegriffenen, andererseits einer
55 weitreichenden Bildungsinitiative und des rechtsstaatlichen Eingreifens.

56
57 Deshalb fordern wir:

- 58 • Flächendeckender Ausbau der Internet-Zugänge
- 59 • Netzneutralität erhalten
- 60 • Förderung von Freifunk und ähnlichen nicht-staatlichen Initiativen, auch auf
- 61 kommunaler Ebene
- 62 • Störerhaftung endgültig abschaffen
- 63 • Förderung unabhängiger Initiativen zur Aufklärung und Richtigstellung von Fake
- 64 News
- 65 • Strafrechtliche Verfolgung von Hate Speech und Stärkung des Opfer*innenschutzes
- 66 • Stärkung öffentlich-rechtlicher Medien und Bürger*innenmedien
- 67 • Digitale Bildung von Anfang an
- 68 • Ausstattung an allen (Weiter-)Bildungseinrichtungen verbessern

69
70
71 **Datensouveränität und Datenschutz gehören zusammen!**

72 „1987 brachte eine staatlich organisierte Volkszählung noch die Menschen auf die Straße.
73 Heute schenken wir unsere Daten einfach so an amerikanische Konzerne ab“ heißt eine auch in
74 der SPD nicht selten gezogene Parallele. Doch daraus abzuleiten, dass Datenschutz heute für
75 die Mehrheit der jungen Menschen unwichtig geworden, wir ganz auf Datensparsamkeit
76 verzichten können, ist ein Fehlschluss.

77 Unsere Generation ist sich sehr wohl bewusst, in welchem Umfang Facebook, Google und Co.
78 unsere personenbezogenen Daten speichern. Doch ist die Entscheidung für den Schutz der
79 eigenen Daten und gegen das Mitmachen inzwischen ein gesellschaftlicher Exklusionsprozess:
80 wer sich nicht zumindest in einem Mindestmaß beteiligt oder technisch beflissen Alternativen zu
81 nutzen weiß, ist schnell außen vor. Es stellt sich die Frage, die wir als Sozialdemokrat*innen im
82 Bereich der Wasser-, Strom- und Wohnraumversorgung längst beantwortet haben: halten wir es
83 als Gesellschaft aus, wenn Daseinsvorsorge privatisiert, zur Ware und damit verknappt wird?
84 Halten wir es aus, wenn die freie Entscheidung nur für die Gewinner*innen kapitalistischer
85 Konkurrenzen bestehen bleiben und diejenigen, die im Besonderen auf Fairness angewiesen
86 sind, außen vor bleiben? Die Antwort darf nicht sein, dass nur diejenigen souverän mit ihren
87 Daten umgehen, die sich privat fortbilden und informieren können. Wir brauchen klare staatliche
88 Regelungen, die das Prinzip der Datensparsamkeit zum Standard erheben. Nur, wenn der
89 öffentliche Raum demokratischen Prinzipien folgt, ist eine Teilhabe aller im Sinne einer offenen
90 Gesellschaft möglich.

91
92 Deshalb fordern wir:

- 93 • die Weiterentwicklung europäischer und nationaler Datenschutzstandards. Dabei muss

- 94 gelten:
- 95 ○ Transparenz
- 96 ○ Zweckbindung
- 97 ○ Widerrufbarkeit
- 98 ○ Stärkung der Rolle der Datenschutzbeauftragten in staatlichen wie
- 99 privatrechtlichen Organisationen
- 100 ○ Schutz von Whistle-Blower*innen
- 101 ○ Einrichtung einer unabhängigen Instanz, die prüft, inwieweit
- 102 Datenschutzstandards eingehalten werden
- 103 • Klare Zuständigkeiten in den Ländern und im Bund über Digitalisierungsministerien
- 104 • privacy by design
- 105 • Stärkung von Open Source-Software und freien Informationsdatenbanken auf allen
- 106 Ebenen, angefangen in der Kommune
- 107
- 108

109 **Privatsphäre vor Allmachtsphantasien schützen!**

110 Das sorgfältige Ausräumen von Freiheit und Sicherheit ist ein Prozess, der demokratische

111 Staaten seit ihrer Gründung bewegt. Im digitalen Zeitalter scheint sich diese Frage der Mehrheit

112 sowohl innerhalb der SPD als auch unserer Gesellschaft kaum mehr zu stellen. Schnell wird

113 Maßnahmen zugestimmt, die ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht stellen:

114 Funkzellenabfragen, die das Auswerten der Daten von Millionen Menschen legitimieren,

115 Aussetzen von Menschen- und Bürger*innenrechten für Menschen mit Migrationshintergrund,

116 denen mit rechtsstaatlichen Methoden keine Straftaten nachgewiesen werden können,

117 anlasslose Massenüberwachung über Vorratsdatenspeicherung - um nur einige Beispiele zu

118 nennen. Die Debatte um Freiheit und Sicherheit muss wieder verstärkt geführt werden - nicht

119 nur in geschlossenen Parteigremien, sondern öffentlich und unter hürdenarmer Beteiligung aller

120 Interessierter.

121

122 Deshalb fordern wir:

- 123 • Diskriminierungsfreie Anwendung der Menschen- und Bürgerrechte
 - 124 • Anlassbezogene Sicherheitsmaßnahmen statt anlassloser Massenüberwachung
 - 125 • Recht auf verschlüsselte Kommunikation mit öffentlichen Institutionen
 - 126 • Ende-zu-Ende-Verschlüsselung muss zum Standard werden
 - 127 • Schutz von Whistle-Blower*innen
- 128
- 129

130 **Demokratie 4.0: wir organisieren digitale Teilhabe!**

131 Große Datensammlungen haben sowohl das Potential zur Gefahr als auch zur Stärkung

132 kultureller und demokratischer Teilhabe. Das Internet bietet insbesondere jungen Menschen -

133 aber auch immer mehr „silver surfen“ - die Gelegenheit, sich unabhängig von ihrem Aussehen,

134 ihrem Auftreten und ihrer Anwesenheit an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Von der

135 Unterschriftenliste über die Beantwortung von Fragen bis hin zum Erlernen demokratischer

136 Prozesse, können wir als Partei vieles von bestehenden und sich neu entwickelnden Prozessen

137 lernen.

138

139 Deshalb fordern wir:

- 140 • Stärkung des Informationsfreiheitsgesetzes
 - 141 • Schnelle und umfassende Veröffentlichung staatlich erhobener Daten ohne
 - 142 Personenbezug unter offenen Lizenzen.
 - 143 • Überarbeitung des Urheberrechts unter Berücksichtigung eines Rechts auf Remix
- 144
- 145

146 Nur, wenn wir die Sozialdemokratie fit machen für das digitale Zeitalter, können wir unsere

147 offene Gesellschaft langfristig erhalten und weiter stärken.

148

149 **Begründung:**
150
151 Erfolgt mündlich.

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: IR 08

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Ausnahmegenehmigungen für unbegleitetes Fahren

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass unter bestimmten Voraussetzungen
2 Ausnahmegenehmigungen für ein unbegleitetes Fahren von PKW mit 17 Jahren erteilt werden.
3 Junge Menschen, die sich gerade für den ländlichen Raum als Wohnort entscheiden, müssen
4 zu vernünftigen Bedingungen zum Ausbildungsplatz kommen. Ebenso kann einem
5 Bewerbermangel bei Gewerbebetrieben in diesen Gebieten vorgebeugt werden.
6 Dabei müssen Bedingungen geschaffen werden, die auch tatsächlich erfüllbar sind.
7 Des Weiteren steht die SPD trotzdem noch zur Ausweitung des ÖPNV im ländlichen Raum, um
8 allen Menschen Teilhabe und Mobilität zu ermöglichen.
9

10
11 **Begründung:**

12
13 Das Angebot des ÖPNV ist gerade in ländlichen Räumen in den letzten Jahren zunehmend
14 geringer geworden. Busverbindungen von kleinen Dörfern gibt es zum Teil nur sehr sporadisch.
15 Zugverbindungen existieren hier gar nicht. Jungen Menschen, die in diesen Ortschaften leben,
16 kann es daher schwer fallen, ihre Ausbildungsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu
17 erreichen. Zum Teil müssen sie lange Anfahrtszeiten und das Umsteigen von einem
18 Verkehrsmittel zu einem andern in Kauf nehmen. Diese Umstände können im Einzelfall zu
19 unzumutbaren Härten führen, bei denen es notwendig ist, dass schon vor dem 18. Lebensjahr
20 eine Fahrerlaubnis erteilt wird, bei der keine Begleitung anwesend sein muss. Dabei stehen
21 nicht organisatorische Vorteile oder Bequemlichkeit im Vordergrund. Vielmehr müssen zuvor
22 alle zumutbaren Möglichkeiten ausgenutzt werden (siehe auch Urteil des VG Braunschweig, Az.
23 6 B 411/07).
24

25 Das Mindestalter für eine Fahrerlaubnis der Klasse B (PKW) beträgt nach § 10 Abs. 1 der
26 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) grundsätzlich 18 Jahre. Bereits jetzt ermächtigt § 74 FeV in
27 bestimmten Einzelfällen die Genehmigung von Ausnahmen. Dies wird in den Bundesländern
28 höchst unterschiedlich angewandt. Während im Kreis Siegen-Wittgenstein (NRW) jährlich rund
29 30 Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, konnte im gesamten Bundesland Hessen bisher
30 noch kein Härtefall belegt werden (Quellen: www.hessenschau.de / www.op-marburg.de). Zwar
31 rechtfertigen verkehrswissenschaftliche Erkenntnisse eine restriktive Genehmigungspraxis für
32 unbegleitetes Fahren mit 17 Jahren. Das kann aber nicht dazu führen, dass derart hohe
33 Anforderungen gestellt werden, die in keinem Fall zu erfüllen sind.
34

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: JBK 01

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land, SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Bildung im ländlichen Raum

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich einzusetzen für
3
4 • den Ausbau der frühkindlichen Bildungsangebote sowie gebührenfreie Kindertagesstätten
5 • ein wohnortnahes breit gefächertes Bildungsangebot sowie mehr (kostenlose)
6 Ganztagsangebote und -schulen
7 • den Erhalt kleiner Schulstandorte im ländlichen Raum
8 • vollständige Lehrmittelfreiheit
9 • die Rücknahme der Stundenkürzungen bei den Grundschulen und im Bereich der
10 Intensivbeschulung
11 • zusätzliche Lehrkräfte für Inklusion und Integration
12 • mehr Unterstützung für die Beschulung von Flüchtlingskindern
13 • den Ausbau und die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit an allen Schulen
14 • schnellere Wiederbesetzung von Schulleitungsstellen
15 (derzeit ca. 150 nicht besetzte Schulleitungs- bzw. Stellvertreterstellen)
16 • weniger befristet und mehr unbefristete Lehrverträge
17 (derzeit ca. 4.500 befristete Arbeitsverträge)
18 eine Bezahlung von befristeten Lehrkräften auch über die Schulferien hinaus, wie z.B.
19 die Sommerferien (ca. 1.000 über die Sommerferien entlassene Lehrer/innen)
20 • Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer

21
22
23 Begründung:

24
25 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit müssen für alle gelten – daher fordern wir mit
26 Blick auf den ländlichen Raum ein breites wohnortnahes und kostenloses Bildungsangebot.
27 Bildung darf nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen!
28 Die Gebührenfreiheit für Kitas ist uns genauso wichtig wie die kostenfreie Nutzung von
29 Ganztagsangeboten. Wir fordern den Ausbau echter Ganztagschulen und lehnen den „Pakt für
30 den Nachmittag“ ab, da er Eltern (*Schulgeld durch die Hintertür*) wie Kommunen viel Geld
31 kostet. Ganztägige Bildung muss für die Eltern kostenfrei sein. Hessen ist bundesweit
32 Schlusslicht beim Ausbau von echten Ganztagschulen.
33 Gute Bildung und Chancengleichheit setzen Zugang zu allen Lehrmitteln und Lehrmaterialien
34 für alle Schülerinnen und Schüler voraus. Bis heute müssen viel zu viele Zuzahlungen von
35 Eltern geleistet werden. Daher ist es unabdingbar für eine tatsächliche Kostenfreiheit von
36 Lernmaterialien zu sorgen.

37

38 Das flächendeckende Schulangebot im ländlichen Raum muss erhalten bleiben und auch kleine
39 Grundschulen gesichert werden – hier gilt für uns nach wie vor das Motto: „Kurze Beine – kurze
40 Wege!“

41 Die von der schwarz-grünen Landesregierung vorgenommenen Stundenkürzungen bei den
42 Grundschulen (-150 Stellen) sowie die Heraufsetzung der Klassengrößen mit inklusiv
43 beschulten Kindern (von 20 auf 25 Kinder = -200 Lehrerstellen) sind unverantwortlich und
44 haben die Lehr- und Lernbedingungen extrem erschwert.

45 Den Schulen fehlt es für die Flüchtlingsbeschulung an Stunden und ebenso an Unterstützung
46 für die dort eingesetzten Lehrkräfte.

47 Die dringend benötigte Schulsozialarbeit an allen Schulen wird vom Land nicht unterstützt. Die
48 im Wahlkampf noch von der CDU versprochene Drittelfinanzierung ist vergessen und die
49 Schulträger sowie Kommunen müssen diese wichtige und präventive Arbeit allein finanzieren.
50 Daher fehlt sie an vielen Schulen. Ein flächendeckender Ausbau ist dringend erforderlich, um
51 Schüler/innen und Eltern in schwierigen Phasen frühzeitig zu unterstützen sowie Beratungs-,
52 Förder- und Hilfsangebote zu leisten.

53 Lehrerinnen und Lehrer können dies nicht leisten, sie müssen ohnehin schon unter erschwerten
54 Bedingungen arbeiten: Zunehmende alters- und entwicklungs-heterogene Gruppen, die
55 Integration von Kindern ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen, die Inklusion von
56 Kindern mit Behinderungen und Beeinträchtigungen, die zunehmende Kooperation mit Kitas,
57 weiterführenden Schulen und außerschulischen Partnern sowie zunehmende Verwaltungs- und
58 Dokumentationsaufgaben sind nur Teilbereiche der gewachsenen Herausforderungen und
59 Anforderungen. Die vielen Klagen aus den Schulen sowie Überlastungsanzeigen der
60 Pädagogen sprechen eine klare Sprache.

61 Ein weiteres Indiz für die hohe Belastung an unseren Schulen sind die über 150 Schulleitungs-
62 und Stellvertreter-Stellen, die über Jahre vakant sind. Hohe Arbeitsbelastung, zu wenig
63 Deputatstunden (freigestellte Stunden) und ein nur geringer finanzieller Anreiz führen dazu,
64 dass es immer weniger Bewerber/innen für diese Funktionen gibt.

65 Der sich nun abzeichnende Lehrermangel in allen Schulformen ist einer kurzsichtigen
66 Bildungspolitik geschuldet. Die Landesregierung hat es versäumt, für ein attraktives
67 Lehramtsstudium und unbefristete Lehrerstellen zu werben. Im Gegenteil: Jahrelang wurden ca.
68 5.000 Lehrkräfte mit befristeten Verträgen bis hin zu Kettenverträgen (z.T. bis zu 8 Jahren)
69 hingehalten, anstatt ihnen eine Perspektive zu bieten.

70 Befristet angestellte Lehrer jedes Jahr aufs Neue in den Sommerferien für 6 Wochen in die
71 Arbeitslosigkeit zu schicken, ist eine unsägliche Praxis. Etwa 1.000 Lehrkräfte mussten sich vor
72 dem letzten Schuljahr arbeitslos melden, obwohl klar war, dass sie nach den Ferien wieder
73 eingestellt würden. Dies ist nicht nur verwerflich gegenüber den Sozialkassen, sondern frustriert
74 jeden engagierten Pädagogen.

75
76
77

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: JBK 03

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Lernförderung von Kindern mit SGB II Bezug

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass eine ergänzende öffentliche Lernförderung von
2 Kindern, deren Eltern Leistungen nach dem SGB II beziehen, in den beiden letzten Jahrgängen
3 der jeweils gewählten Schulform über das bloße Erreichen der wesentlichen Lernziele
4 hinausgeht, finanziert wird. Dabei darf das dauerhafte Ziel, dass keine Schüler*innen
5 zurückgelassen werden, im Bildungssystem nicht aus den Augen verloren werden.

6
7

8 Begründung:

9

10 Nach § 28 Abs. 5 SGB II ist eine schulische Angebote ergänzende angemessene
11 Lernförderung zu berücksichtigen, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die
12 schulrechtlich festgelegten Lernziele zu erreichen. Das wesentliche Lernziel in der jeweiligen
13 Klassenstufe ist regelmäßig die Versetzung in die nächste Klassenstufe beziehungsweise ein
14 ausreichendes Leistungsniveau (BT-Drs. 17/3404 S. 105). Für Abschlussklassen gilt das
15 Erreichen des Schulabschlusses als wesentliches Lernziel. Eine Lernförderung ist nicht
16 erforderlich, wenn sie dazu dient, ein höheres Leistungsniveau zu erreichen. Auch die
17 Notwendigkeit der Lernförderung im Hinblick auf die Stabilisierung eines befriedigenden
18 Leistungsniveaus wurde u. a. vom Hessischen Landessozialgericht abgelehnt.

19

20 Für Bewerbungen um Ausbildungsplätze wird allerdings häufig ein guter (zumindest
21 befriedigender) Schulabschluss vorausgesetzt. Eltern, welche Transferleistungen beziehen, ist
22 es regelmäßig nicht möglich, ihren Kindern in den beiden letzten Jahrgängen ihrer schulischen
23 Laufbahn die notwendige Förderung zu ermöglichen, um den Anforderungen des
24 Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Gerade in diesen Jahrgängen sind die Leistungen für den
25 weiteren beruflichen Weg entscheidend. Eine gleichberichtigte Nutzung beruflicher
26 Möglichkeiten ist mit der derzeitigen Regelung nicht gegeben.

27

28 Es ist bekannt, dass in Deutschland die Bildungschancen stärker als in anderen
29 Industrieländern von der sozialen Herkunft abhängen. So entscheidet u. a. das Einkommen der
30 Eltern über den Bildungserfolg der Kinder und Lebenschancen werden häufig „sozial vererbt“.
31 Weil gerade Bildung ein zentraler Schlüssel für gute Beschäftigung ist, gilt es, finanzielle
32 Hürden in diesem Bereich abzubauen. Der vorliegende Antrag unterstützt das Leitmotiv der
33 SPD-Bundestagsfraktion: Chancengleichheit für alle.

34

35

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: JBK 05

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Gebührenfreiheit des Studiums sicherstellen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Wir fordern die Landtagsfraktion dazu auf sich im Landtag und in Enquetekommission zur
3 Neufassung der Hessischen Verfassung dafür einzusetzen, dass das Studium an den
4 hessischen Hochschulen gebührenfrei bleiben muss und nicht durch die Hintertür
5 Studiengebühren nach Haushaltslage eingeführt werden.

6
7
8 **Begründung:**

9
10 Ein gebührenfreies Studium ist essentieller Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. Nur ein
11 gebührenfreies Studium sichert den Zugang an die Hochschulen auch für diejenigen, die nicht
12 über einen großen Geldbeutel verfügen. Dafür haben wir 2008 gekämpft und das haben wir im
13 Hessischen Landtag beschlossen.

14
15 Die hessische SPD macht sich in der Enquetekommission zur Verfassungsreform stark für eine
16 Verankerung des gebührenfreien Studiums in der Hessischen Verfassung. Die
17 Regierungskoalition macht sich unter Federführung der Grünen für eine Verwässerung stark,
18 die nur noch den ersten Studienabschnitt garantiert gebührenfrei beinhaltet. Der zweite
19 Studienabschnitt, also das Masterstudium, soll je nach Kassenlage mit Gebühren belegt
20 werden.

21 Gebührenfreie Bildung nach Kassenlage wird es mit uns nicht geben. Studium ohne
22 Studiengebühren muss in die Hessische Verfassung.

23
24
25

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: O 01

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD- Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand

Betr.: Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Der Parteivorstand wird gebeten ein Forum Ernährung und Landwirtschaft in den
2 Parteistrukturen zu etablieren. Dieses soll einen kritischen Diskurs zu Ernährung und
3 Landwirtschaft ermöglichen und den Fragen einer zukunftsfähigen, d.h. nach-haltigen und
4 gerechten, Ernährung und Landwirtschaft nachgehen. Das neue Forum „Ernährung und
5 Landwirtschaft“ soll das bestehende Forum Verbraucherpolitik inhaltlich ergänzen.

6
7

8 Begründung:

9

10 Die Landwirtschaft hat sich massiv gewandelt (u.a. Höfe sterben, „Wachsen oder Weichen“,
11 Massentierhaltung, Bio) und ihr stehen weitere, sich noch vertiefende Veränderungen bevor
12 (z.B. Digitalisierung). Abseits des Austausches einiger unserer Fachpolitiker im „Netzwerk
13 ‚Agrar- und Ernährungswirtschaft‘“ bedarf es einer Vernetzungsplattform für an den Themen
14 interessierten SPD-Mitgliedern innerhalb der Parteistrukturen.

15

16

17

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal**

Antrag: O 04

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bezirksvorstand

Betr.: Wilhelm-Pfannkuch-Haus richtet Freifunk-Angebot ein

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die SPD Hessen-Nord prüft kurzfristig inwiefern im Wilhelm-Pfannkuch-Haus in der
2 Humboldtstraße 8 A in Kassel ein Freifunkangebot eingerichtet werden kann.
3
4
- 5 Begründung:
6
7 Freifunk (www.freifunk.net) ist ein nicht-kommerzielles Gemeinschaftsprojekt, das bestehende
8 Internetanschlüsse über ein eigenständiges, sicheres und von bestehenden Netzen getrenntes
9 WLAN-Angebot im öffentlichen Raum erreichbar macht. Durch die lose Zusammenarbeit
10 mehrerer Privatpersonen und Organisationen entsteht ein Internetangebot, das mittelfristig
11 flächendeckende und kostenlose Internetzugänge realisieren kann.
12
- 13 Ein Freifunk-Angebot stellt keine Konkurrenz zu bestehenden privaten kabelgebundenen
14 Internetanschlüssen dar, da es durch die Nutzung durch mehrere Nutzer*innen im Vergleich
15 häufig langsamer ist. Der/die Anschlussinhaber*in eines Internetzugangs erleidet durch ein
16 Freifunk-Angebot hingegen keine Geschwindigkeitseinbußen, da es sich um ein separates Netz
17 handelt, das immer nur so schnell ist, wie das Hauptnetz ungenutzt ist. Nach einem Urteil des
18 EuGH (C-484/14) zur sog. Störerhaftung gilt: „ein Geschäftsinhaber, der der Öffentlichkeit
19 kostenlos ein Wi-Fi-Netz zur Verfügung stellt, ist für Urheberrechtsverletzungen eines Nutzers
20 nicht verantwortlich“.
21
- 22 Die SPD Hessen-Nord kauft für das Wilhelm-Pfannkuch-Haus in Kassel einen freifunkfähigen
23 WLAN-Router mit Kosten von unter 100 Euro.
24
- 25 Durch die Einrichtung eines Freifunk-Angebots erweitert die SPD Hessen-Nord einerseits das in
26 Kassel bereits gut ausgebaute Freifunk-Netz. Gleichzeitig verschafft sie dieser Initiative
27 innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und motiviert zur Nachahmung.
28
29
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal**

Antrag: RK 01

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Fraktion im Europäischen Parlament,
SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Stärkung des Ländlichen Raums

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord fordert nachdrücklich landes-, bundes- und europapolitische
3 Initiativen zur Stärkung des „Ländlichen Raumes“.
4 Hierzu gehört insbesondere die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In
5 der Unterschiedlichkeit, die sich bereits aus Bevölkerungsverdichtung im Städtischen Raum
6 beziehungsweise geringerer Besiedlung im Ländlichen Raum ergibt, müssen jeweils
7 angepasste Konzepte erwachsen. Vorgaben, die in erster Linie aus den Anforderungen
8 verdichteter Räume erwachsen, stellen im Ländlichen Raum nicht selten Hindernisse zur
9 Weiterentwicklung dar.
- 10
11 Forderungen:
- 12 1. Die Wiedereinführung einer Grundwasserabgabe, deren Mittel für den Erhalt und die
13 Modernisierung der Wasser- und Abwasserinfrastruktur wie auch den Trinkwasserschutz
14 eingesetzt wird, bedeutet am Ende, den Ländlichen Raum zu unterstützen, aus dem
15 schließlich die Ballungszentren ihr Trinkwasser beziehen.
 - 16 2. Der maßgeblich von der CDU reformierte „Kommunale Finanzausgleich“ hat seine
17 Funktion nicht hinreichend erfüllt. Hessische Kommunen sind erschreckenderweise
18 steuerstark und finanzschwach. Die vom Land Hessen 2011 erstmals dem KFA
19 entzogenen 344 Millionen Euro pro Jahr, minus der 109 Millionen Euro für den
20 sogenannten Schutzschirm, schmerzen dauerhaft. Dies muss korrigiert werden, um
21 kommunale Handlungsspielräume zu erweitern.
 - 22 3. Der von der CDU gewollten Gebietsreform ist eine Absage zu erteilen. Die
23 unterschiedlichen Schlüsselzuweisungen, die sich an den Gemeindegrößen orientiert,
24 sind als Maßstab für den Erfolg eines Zusammenschlusses wenig aussagekräftig. Wird
25 doch nach einer Zusammenlegung in der Regel mehr Geld pro Kopf aus den
26 Schlüsselzuweisungen in die betroffenen Kommunen fließen – mit mehr Mitteln lässt
27 sich einfacher gestalten.
 - 28 4. Öffentliche Einrichtungen, die nicht standortgebunden ihre Dienstleistungen anbieten
29 müssen, sind in die Ländlichen Räume zu verlagern, um einerseits dem
30 Nachwuchsmangel Qualifizierter zu begegnen und andererseits die Infrastruktur zu
31 stärken (beispielhaft ist die Verlagerung von Leistungen der Finanzverwaltung in den
32 Ländlichen Raum zu nennen).
- 33
34 Durch den Ländlichen Raum werden die in erster Linie Städtischen Ballungs-Räumen
35 dienenden Versorgungsmagistralen gezogen. Hierunter sind sowohl die Verkehrsachsen auf
36 Schiene, Straße und Wasserstraße, die Elektrizitätshochspannungs-, kabelgebundene

37 Internetverbindungen sowie Gasfernversorgungsleitungen zu verstehen. Dies gilt aber auch
38 zunehmend für die Wasserversorgung durch Fernleitungen.

39

40 Forderungen:

- 41 1. Für die permanenten Durchleitungsrechte von Versorgungsmagistralen im Ländlichen
42 Raum ist den Landeigentümern wie auch den territorial betroffenen Kommunen eine
43 jährliche Nutzungsabgabe durch die Versorger zu zahlen. (Ähnlich der
44 Konzessionsabgabe, die den Kommunen für die Nutzung kommunalen Grundes durch
45 Versorger zu zahlen ist.)
- 46 2. Die europaweit einmalige Nutzungsabgabe, die für Fahrzeughalter im Inland auf das
47 gesamte Bundesfernstraßennetz zu zahlen sein wird, lehnen wir grundsätzlich ab. Diese
48 bedeutet nicht allein eine zusätzliche Belastung für den privaten PKW-Verkehr, sondern
49 auch für den überwiegend straßengebundenen kleinen ÖPNV im Ländlichen Raum
50 (Anrufsammeltaxi, Bürgerbusse, Mobilfalt).

51

52 Der Wert demokratischer Entscheidungen bemisst sich nicht allein an der Beteiligung. Dennoch
53 ist nach wie vor auffällig, dass gerade im Ländlichen Raum beispielsweise die Wahlbeteiligung
54 durchschnittlich deutlich höher ist. Offenbar scheint eher aus der „Nähe zu Entscheidungen im
55 Grundsatz die Zustimmung zum demokratischen Entscheidungsprozess“ zu entstehen.

56

57 Forderungen:

- 58 1. Daher sind verstärkt Ziele für die Weiterentwicklung zu formulieren. Der Weg, diese
59 Ziele zu erreichen, muss jeweils angepasst vor Ort entschieden werden können. (Ein
60 gutes Beispiel ist der erfolgreiche Vorstoß der SPD-Landtagsfraktion kommunale
61 Entscheidungsspielräume für die Form von Straßenbeitragssatzungen – nunmehr im
62 Grundsatz die bislang direkten Anliegerbeiträge oder die neuen
63 Abrechnungsbereichsbeiträge zu ermöglichen.)
- 64 2. Die Mittel für die „Dorfentwicklung“ sind aufzustocken, wie es die SPD-Landtagsfraktion
65 bei jedem Landeshaushalt fordert. Zudem muss dem öffentlichen Bereich ausreichend
66 Volumen für die Gestaltung von Maßnahmen im öffentlichen Raum zur Verfügung
67 stehen. Die deutliche Reduzierung der Förderquote für kommunale Maßnahmen
68 verhindert dringend notwendige Investitionen. Dies muss geändert werden. Nur so kann
69 erreicht werden, dass auch weiterhin die betroffene Bevölkerung die „Dorfentwicklung“
70 als ihre ansieht.
- 71 3. Die Vielfalt der Öffentlichen Daseinsvorsorge darf sich nicht auf die Ballungsräume
72 beschränken. Angepasste Einrichtungen, wie beispielsweise Bürgerzentren mit
73 ärztlichen Sprechstunden, medizinischer Grundversorgung, Bürgersprechstunden der
74 Verwaltung, Treffpunktfunktionen, Bank- und Kommunikationsdienstleistungen,
75 Einkaufsmöglichkeiten können den Kern attraktiver Orte bilden. Dies gilt es zu fördern.

76

77 Der „Ländliche Raum“ bietet in seiner natur- und kulturräumlichen Vielfalt, mit den in den
78 Regionen in der Bevölkerung verankerten Eigenarten und Traditionen ein gutes Beispiel für
79 notwendige politische und wirtschaftliche Entscheidungen, um dauerhaft Hessen lebens- und
80 liebenswert fortzuentwickeln. Nirgends gibt es so viele Vereine und Verbände, so viele
81 Möglichkeiten gemeinsam etwas zu bewahren oder fortzuentwickeln, gemeinsam zu
82 entscheiden, wie im „Ländlichen Raum“. Gerade deshalb muss die Möglichkeit eingeräumt
83 werden, auf vielfältige Probleme unterschiedliche Antworten zu geben. Dies ist Ziel der SPD.
84 Dies drückt sich in gelebter Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aus.

85

86

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: RK 02

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesvorstand Hessen,
SPD-Europaabgeordnete in Nordhessen,
SPD-Bundestagsabgeordnete in Nordhessen,
SPD-Landtagsabgeordnete in Nordhessen,
SPD-Landräte Nordhessen,

Betr.: Moderne und zukunftsfähige digitale Infrastruktur für Nordhessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Moderne und zukunftsfähige digitale Infrastruktur für Nordhessen

2
3 Der Zugang aller Bürgerinnen und Bürger in Nordhessen zu schneller und moderner digitaler
4 Infrastruktur mit mindestens 100 Mbit/s bis zum Jahr 2020 muss sichergestellt werden. Dabei
5 muss das Prinzip der Netzneutralität sichergestellt werden. Die SPD-Nordhessen begrüßt die
6 Initiative Breitband Nordhessen, die allen Bürgerinnen und Bürgern bis 2020 einen
7 Breitbandanschluss gewährleistet und sich aktiv auf allen Ebenen an den Debatten zur digitalen
8 Infrastruktur beteiligt europäisch, national und regional. Sie steht für eine gestaltende Politik für
9 die digitale Gesellschaft und begreift Netz- und Digitalisierungspolitik als Gesellschaftspolitik, an
10 deren Umsetzung Bürgerinnen und Bürger umfassend beteiligt werden müssen.

11
12
13 **Begründung:**

14
15 Die Anbindung an leistungsstarke und zukunftsfähige digitale Infrastruktur ist immer stärker
16 Voraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe. Regionen ohne eine schnelle
17 Internetanbindung verlieren bereits jetzt rapide an Attraktivität für Bürgerinnen und Bürger
18 genauso wie für Unternehmen. Dieser Prozess wird sich mit der wachsenden Digitalisierung
19 von Gesellschaft und Wirtschaft noch beschleunigen. Im Umkehrschluss heißt das auch:
20 Ländliche Räume gewinnen durch den Anschluss an schnelles Internet an Attraktivität für
21 Wohnort- und Standortentscheidung, weil so ermöglicht wird, dass Bürgerinnen und Bürger dort
22 digital arbeiten können, wo sie gerne leben.

23
24 Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Nordhessen hat in den vergangenen Jahre Fortschritte
25 gemacht - auch dank wichtiger kommunaler Initiativen wie der Gründung der Breitband
26 Nordhessen GmbH. Nichtsdestotrotz, bleiben viele Kommunen Nordhessens noch immer vom
27 Zugang zu schnellen Internet abgeschnitten.

28
29 Der Anspruch der Sozialdemokratischen Partei ist es, der digitalen Spaltung entgegenzuwirken
30 und die flächendeckende Versorgung mit leistungsstarkem Breitband zu verwirklichen.

31
32 Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Einrichtungen und Betriebe in Nordhessen müssen an der
33 digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft vollumfänglich teilhaben können.
34 Deswegen fordern wir im Einklang mit den Vorschlägen auf europäischer Ebene bis 2025 eine

35 flächendeckende Versorgung mit mindestens 100 Mbit/s, die auf Gigabit-Geschwindigkeit
36 aufgerüstet werden kann. Alle Bereiche mit besonderer sozioökonomischer Bedeutung, wie
37 Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, die öffentliche Verwaltung, Verkehrsknotenpunkten
38 sowie Unternehmen sollten Zugang zu einer Gigabit-Internetanbindung haben.
39

40 Dabei müssen wir darauf achten, keinen einseitigen Fokus auf Geschwindigkeitsziele zu legen.
41 Ebenso bedeutsam sind Qualitätskriterien - wie Latenzzeiten, Verlässlichkeit, eine weitgehende
42 Symmetrie im Upstream und Downstream - ein fairer Wettbewerb zwischen verschiedenen
43 Anbietern und die Verbraucherezufriedenheit.
44

45 Klar ist, dass am Ende ein Mix aus unterschiedlichen Technologien die Konnektivität
46 gewährleisten muss (etwa auch Kabelnetze und Satellitentechnik). Die einzige Technologie, die
47 aber derzeit schon sicher als „zukunftsfest“ bezeichnet werden kann, ist der Glasfaseranschluss
48 (FTTH/B). Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass Glasfasernetze für den Aufbau des
49 neuen Mobilfunkstandards 5G notwendig sein werden.
50

51 Der 5G-Mobilfunkstandard wird derzeit entwickelt und soll sich durch eine deutlich kürzere
52 Latenzzeit und eine 1000-fach höhere Datenübertragungsrate als das LTE-Netz auszeichnen.
53 Dadurch werden Anwendungen denkbar, die insbesondere auch für ländliche Räume von
54 großem Wert sein können. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werden
55 beispielsweise große Erwartungen an digitale Lösungen in der Daseinsvorsorge geknüpft, etwa
56 im Bereich eHealth.
57

58 Hohe Bandbreiten durch die Nutzung hoher Frequenzen sind ein Charakteristikum von 5G. Die
59 geringere Reichweite hoher Frequenzen bedeutet aber auch eine geringere Reichweite und
60 somit die Notwendigkeit kleinerer Funkzellen. Die entsprechende Infrastruktur aufzubauen,
61 erfordert hohe Investitionen.
62

63 Die Wirtschaftlichkeit des Ausbaus von Breitbandinfrastruktur und der Infrastruktur für 5G ist
64 beziehungsweise wird nicht immer sofort gegeben sein. In beiden Fällen ist deswegen ein
65 starkes staatliches finanzielles Engagement unbedingt erforderlich. Das gilt vor allem für
66 ländliche Räume, um eine digitale Spaltung zu verhindern. Unabhängig davon wird das Gros
67 der Investitionen von privatwirtschaftlicher Seite kommen müssen.
68

69 Dafür brauchen wir einen europäischen Regulierungsrahmen, der Rechtssicherheit gewährt und
70 einen klaren Investitionsanreiz in leistungsstarke, zukunftsfähige Breitbandnetze setzt.
71

72 Das Prinzip der Netzneutralität muss dabei aufrechterhalten bleiben, um einen
73 diskriminierungsfreien Zugang zum Internet ohne große staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe
74 sicherzustellen. Versuchen von Telekommunikationsunternehmen, Investitionen in das 5G-Netz
75 mit verwässerten Regeln zur Netzneutralität auszugleichen, müssen wir entschieden
76 entgegenzutreten.
77

78 Der flächendeckende Ausbau mit zukunftsfähiger digitaler Infrastruktur steht noch am Anfang.
79 Die Entwicklung der neuen Mobilfunktechnologie 5G muss weiter vorangetrieben werden. An
80 den Diskussionen hierzu muss sich die Sozialdemokratische Partei in Nordhessen aktiv auf
81 allen Ebenen beteiligen, um die Abdeckung mit schneller und moderner digitaler Infrastruktur für
82 alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.
83

84

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: RK 03

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Mehr Gerechtigkeit bei Kommunalen Finanzen schaffen – Ausbluten der Kommunen durch Schwarz – Grün beenden

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2
- 3 1. Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, eine Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen, die
- 4 für mehr Gerechtigkeit bei der Zuweisung von Landesmitteln im Rahmen des KFA
- 5 (Kommunalen Finanzausgleich) sorgt. Dabei sind insbesondere die Interessen und Bedarfe
- 6 kleiner und mittlerer Kommunen zwischen 1.000 und 40.000 Einwohnern im ländlichen
- 7 Bereich sowie der Landkreise stärker zu berücksichtigen, insbesondere ist ein
- 8 „demographischer Faktor“ in das Gesetz aufzunehmen, der diesen Namen verdient und
- 9 einen echten finanziellen Ausgleich für den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Bereich
- 10 darstellt.
- 11
- 12 2. Die schwarz-grüne Landesregierung wird aufgefordert, die Mittel im KFA deutlich
- 13 aufzustocken, damit Kommunen auch zukünftig ihre wichtigen sozialen, kulturellen und
- 14 infrastrukturellen Aufgaben wahrnehmen können. Die „neuen Ungerechtigkeiten“ im KFA, mit
- 15 denen vermeintlich „reichen“ Kommunen Mittel entzogen werden, diese aber innerhalb der
- 16 kommunalen Familie eines Landkreises gar nicht ankommen, sind unverzüglich zu beenden.
- 17
- 18 3. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, ein neues Schutzschirm – Programm für
- 19 diejenigen Kommunen aufzulegen, die in den vergangenen 30 Jahren Zurückhaltung bei der
- 20 Neuverschuldung gezeigt haben, so dass sie keine Finanzhilfen über den „Schutzschirm“
- 21 erhalten konnten. Da diese Kommunen ebenso wie die „Schutzschirm – Kommunen“
- 22 aufgrund der Auflagen des Landes nunmehr zum größten Teil völlig überzogene und sozial
- 23 ungerechte Steuer – und Gebührensätze beschließen mussten, sind Ihnen jetzt dieselben
- 24 Hilfen zu gewähren, insbesondere die 50 %ige Schuldentilgung durch das Land Hessen.
- 25
- 26 4. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, unsinnige und insgesamt nicht Zweck
- 27 dienliche Förderprogramme, die die Kommunen an den „goldenen Zügel“ nehmen,
- 28 einzustellen. Stattdessen sind den Kommunen die Mittel als allgemeine Investitionsmittel
- 29 ohne Zins – und Tilgung der kommunalen Seite durch das Land zur Verfügung zu stellen, um
- 30 ihre Finanzkraft zu stärken und den Investitionsstau zumindest teilweise aufzulösen. Städte
- 31 und Gemeinden wissen besser als jede Landesbehörde, wo Investitionen notwendig und
- 32 sinnvoll sind.
- 33
- 34 5. Der SPD-Bezirksparteitag stellt fest, dass unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung
- 35 auf Bundesebene erhebliche finanzielle Mittel zur Entlastung der Kommunen bereitgestellt
- 36 wurden, dieses häufig nicht vollständig bei den Kreisen, Städten und Gemeinden
- 37 ankommen, weil der hessische CDU Finanzminister einen Teil der Mittel in den

38 Landeshaushalt umleitet. Bundesmittel sind in voller Höhe über die Länder an die
39 Kommunen weiterzuleiten.

40
41

42 Begründung:

43

44 Entgegen der Auffassung der Landesregierung und einiger Medien ist die Finanzpolitik des
45 Landes gegenüber den Kommunen im vollen Umfang gescheitert.

46 Sowohl das „Schutzschirm – Gesetz“ als auch der neue Kommunale Finanzausgleich sind hoch
47 komplizierte administrative Regelungen, die extrem ungerecht, unausgewogen, unsozial und
48 gegen die kommunale Selbstverwaltung gerichtet sind.

49

50 Da mit beiden Gesetzen erheblich in die Hoheit der Kommunen eingegriffen, Mittel gekürzt
51 sowie Steuer – und Gebührenanhebungen erzwungen werden, ist mit einer Initiative der
52 hessischen SPD nachhaltig gegenzusteuern.

53 Gerade die jetzige schwarz – grüne Landesregierung hat in den vergangenen drei Jahren durch
54 das Erzwingen hoher Steuern und Gebühren im ländlichen Bereich, durch weitreichende
55 Unterlassung wichtiger Zukunftsinvestitionen (Breitband, Straßen, Förderung von
56 Gewerbeansiedlung, keine Bereitstellung von Sanierungs- und Vitalisierungsmitteln für alte
57 Ortskerne etc.) und durch die Nicht – Berücksichtigung des demographischen Faktors bei der
58 Finanzierung der Städte und Gemeinden zur Verschärfung der Lage der Kommunen
59 beigetragen. Trotz erheblich gesteigener Steuereinnahmen des Landes insgesamt geht es den
60 Menschen in den hessischen ländlichen Kommunen und Landkreisen heute deutlich schlechter
61 als noch vor drei Jahren! Das ist vor allem ein Versagen der Landespolitik, die die Kommunen
62 gängelt, unter Druck setzt und gleichzeitig wichtige Zukunftsinvestitionen selbst unterlässt.

63 Dabei hat dieser verfehlte Politik sogar dazu geführt, dass Kommunen öffentliche Einrichtungen
64 wie kleine Kitas auf dem Land, Bürgerhäuser, Freibäder, Hallenbäder, Sportplätze,
65 Jugendhäuser etc. schließen mussten, um „Einsparungen“ zu erzielen. Mittelfristig drohen
66 weitere Schließungen, da bereits jetzt der notwendige Instandhaltungsaufwand für die
67 öffentlichen Einrichtungen von vielen Kommunen nicht mehr geleistet werden kann.

68 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen dagegen:

- 69 - Nutzung der neuen finanziellen Spielräume des Landes durch die Neuregelung der föderalen
70 Finanzbeziehungen;
71 - Umsetzung von Straßen – und Schienenprojekten auch im ländlichen Bereich;
72 - Investitionen ins schnelle Internet;
73 - das Programm „Dorf – und Regionalentwicklung“ zu neuem Leben erwecken;
74 - Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur;
75 - Neubau von mindestens 6000 neuen Wohnungen jährlich mittels erstem und zweitem
76 Förderweg;
77 - Kosten deckende Kinderbetreuung, die vom Land finanziert wird;
78 - Keine durch Landesbehörden erzwungenen Steuer – und Gebührenanhebungen mehr;
79 - Eine umfassende wirtschaftliche Betätigung der hessischen Städte und Gemeinden.

80

81

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: SG 01

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Bundesteilhabegesetz- Entscheidung zugunsten des LWV als Träger der Eingliederungshilfe

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist eine umfangreiche
3 Neuregelung und Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auf den
4 Weg gebracht worden.
5 Die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe und Etablierung als
6 eigenständiger Leistungsbereich stellt einen großen Schritt in Richtung eines modernen und
7 personenzentrierten Ansatzes für die Teilhabe dar.
8 Nunmehr ist es erforderlich, dass der Landesgesetzgeber, frühzeitig eine Entscheidung
9 zugunsten des LandesWohlfahrtsverbandes als Träger der Eingliederungshilfe trifft.
- 10
11 Die Herausforderungen durch das BTHG sind so groß, dass nur ein in der Eingliederungshilfe
12 erfahrener Träger hinreichend gewährleisten kann, dass auch künftig die Leistungen effektiv
13 und effizient nach landesweit einheitlichen Standards erbracht werden.
- 14
15 Der Bezirksparteitag Hessen-Nord fordert daher die sozialdemokratischen Vertreterinnen und
16 Vertreter in den Kommunalen Spitzenverbänden auf für die künftige Zuständigkeitsverteilung in
17 der Eingliederungshilfe in einem „3-stufigen Lebensabschnittsmodell“ einzutreten.
- 18
19 **Der Bezirksparteitag erkennt an, dass der LWV Hessen sich seiner hohen Verantwortung**
20 **für behinderte Menschen in Hessen bewusst ist und auch zukünftig seine Rolle als**
21 **institutioneller Integrator zwischen Kostenträgern, Leistungserbringern und dem Land**
22 **Hessen aktiv wahrnehmen wird.**

23
24

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: St 02

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im EU-Parlament

Betr.: Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD soll die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass deutsche
2 Staatsangehörige ihrer Einkommenssteuerpflicht unabhängig von ihrem Aufenthaltsort
3 nachkommen müssen. Das gilt selbstverständlich auch für Bürgerinnen und Bürger mit
4 doppelter Staatsbürgerschaft. Für diese gilt steuerrechtlich nur die deutsche.
5 Es soll nicht länger möglich sein, durch Wechsel des Wohnortes ins Ausland, z.B. von
6 Deutschland in die Schweiz, steuerpflichtiges Einkommen am Fiskus und einer gesellschaftlich
7 gerechten Besteuerung vorbei zu schleusen.

8
9

10 Begründung:

11

12 Derzeit ist es möglich, dass Bundesbürgerinnen sich gegenüber der Allgemeinheit und der
13 Gesellschaft steuerliche Vorteile verschaffen durch eine Verlagerung ihres Wohnorts. Um
14 Gerechtigkeit in die Erbringung der Einkommenssteuerpflicht zu bringen, muss der
15 Gesetzesgeber die Rahmenbedingungen schaffen, die eine Verfolgung und Unterbindung
16 dieser Steuerflucht, bzw. die Rahmenbedingungen für eine Erfassung und Rückführung der
17 entgangenen Steuern schaffen.

18 Diese Rahmenbedingungen könnten sich auf Basis der bestehenden Regelungen für
19 Steuerfreibeträge in Deutschland orientieren. So werden Menschen, die ihren Wohnort in ein
20 Land mit niedrigen Löhnen verlegt haben, nicht ungerecht steuerlich belastet.

21 Eine solche Regelung sollte nur fällig werden auf Differenzbeträge zwischen den Regelsätzen
22 in der jeweiligen Wahlheimat und den bestehenden und fälligen Regelsätzen in Deutschland.
23 So wird in Deutschland nur die Differenz zwischen dem deutschen Steuersatz und dem aus
24 dem Ausland fällig, um eine Doppelbelastung zu vermeiden.

25 Derzeit ist in Deutschland jedes Einkommen ab dem Betrag von 8.820 € im Jahr zu versteuern.

26 Bei Verheirateten oder Mitgliedern einer eingetragenen Lebensgemeinschaft sind es
27 17.640,00€, wenn sie ihre Erklärung zusammen abgeben. Hat jemand seinen Wohnsitz im
28 Ausland, wird dieser Betrag aber nicht fällig. Als im Ausland lebende Person hat man als
29 deutscher Staatsbürger dennoch einige Vorteile. So kann man jederzeit in einer deutschen
30 Botschaft um Schutz oder Beistand bitten. Außerdem können sie nach wie vor in einer
31 Botschaft wählen. Deshalb sollten sie auch weiterhin ihren Teil für den deutschen Staat
32 beisteuern nach einem Model, wie es in vielen anderen Ländern bereits gängige Praxis ist, wie
33 z.B. den USA. Mit einer wie hier vorgeschlagenen Regelung wird vermieden, dass Menschen
34 mit großen Einkommen ihren Wohnsitz für steuerliche Ersparnisse verlegen und ein
35 gesellschaftlicher Steuerschaden entsteht. Im Sinne einer steuerlichen Gerechtigkeit muss der
36 Gesetzesgeber hier handeln, um Gerechtigkeit zu schaffen.

37

angenommen

- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: St 03

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD- Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D
Fraktion im Europaparlament

Betr.: Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern die Besteuerung von Michersatzprodukten (Sojamilch/-drink, Reismilch/-drink,
2 Hafermilch/-drink, Dinkelmilch/-drink, etc.) mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 %.
3 Wir fordern eine Überarbeitung des Katalogs der Produkte, die von der Mehrwertsteuer in Höhe
4 von 19 % oder dem verminderten Satz von 7 % betroffen sind, um den Grundbedarf und den
5 alltäglichen Lebensbedarf lebensnah anzupassen. Wir lehnen den Vorschlag strikt ab, den
6 verminderten Satz von 7 % abzuschaffen.

7
8

9 Begründung:

10

11 Kuhmilch gilt als Grundnahrungsmittel, andererseits gibt es immer mehr Menschen, die aus
12 unterschiedlichen Gründen (Mitleid mit Tieren, Allergie, Gesundheit) keine Kuhmilch nutzen
13 wollen. Zum direkten Verzehr, zum Kochen und Backen, für den Kaffee und das morgendliche
14 Müsli nutzen sie die verschiedenen Pflanzenmilch-produkte, welche in den letzten Jahren
15 vermehrt auch in den Supermarktregalen in Deutschland angekommen sind. Allerdings müssen
16 diese Verbraucher*innen auf ihre Milch 19 % Mehrwertsteuer bezahlen, während Kuhmilch nur
17 mit 7 % besteuert wird. Doch warum sollten diese Konsument*innen mit ihrer
18 Konsumententscheidung stärker an der Finanzierung des Staates mitwirken? Wenn an der
19 Einstufung von Kuhmilch am reduzierten Mehrwertsteuersatz festgehalten werden soll, dann ist
20 dieser auch auf Pflanzenmilchprodukte festzusetzen, da immer mehr Menschen diese als
21 Grundnahrungsmittel verwenden.

22

23 Einige Menschen meinen eine vegane Ernährung sei teurer als eine omnivore Ernährung.
24 Allerdings hängt dies im Wesentlichen von den zu vergleichenden Warenkörben und dem
25 Convenience-Anteil ab. Nicht zuletzt durch die, zuletzt leicht abgemilderte, Milchpreiskrise sind
26 Pflanzenmilchprodukte teurer als Kuhmilch. Durch eine faire Besteuerung der
27 Pflanzenmilchprodukte könnte es zu niedrigeren Verbraucher*innenpreisen kommen.

28

29

30

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: V 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Für eine gute Verkehrsinfrastruktur in Nordhessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 **Für eine gute Verkehrsinfrastruktur in Nordhessen**
3

4 Nordhessen liegt in der Mitte Deutschlands und im Herzen Europas. Eine gute
5 Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung für eine weiterhin positive wirtschaftliche
6 Entwicklung unserer Region. Die große Koalition hat mit der Verabschiedung des
7 Bundesverkehrswegeplans die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wichtige
8 Verkehrsprojekte in unserer Region vorankommen (u.a. A4, A44 und A49).
9

10 Anders die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen: Hier gibt es einen Sanierungsstau von
11 rund 4 Mrd. Euro allein im Bereich des Straßenbaus. Hessen stellt aber insgesamt zu wenig
12 Mittel für den Landesstraßenbau im Landeshaushalt bereit. Damit zeigt sich deutlich, dass die
13 schwarz-grüne Landesregierung auf Verschleiß fährt. Auch beim ÖPNV und beim Güterverkehr
14 sowie bei der Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger gibt es noch Nachholbedarf.
15

16 Die nordhessische SPD fordert daher:

- 17
- 18 • Einen Vorrang für den Erhalt der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur.
 - 19
 - 20 • Eine deutliche Anhebung der jährlichen Investitionen in die Straßeninfrastruktur des
21 Landes Hessen.
 - 22
 - 23 • Den Erhalt und den Ausbau der Planungskompetenz von Hessen-Mobil. Aufgrund von
24 Personalkürzungen im Bereich der Straßen- und Verkehrsverwaltung können die
25 notwendigen Planungsaufgaben des Landes nicht in ausreichendem Maß bewältigt
26 werden und verzögern somit unnötig wichtige Infrastrukturinvestitionen. Wir brauchen
27 ein Ende der Politik des personellen Aderlasses in der hessischen
28 Straßenbauverwaltung.
 - 29
 - 30 • Der Vernetzung der Infrastruktur der einzelnen Verkehrsträger einen besonderen
31 Schwerpunkt einzuräumen.
 - 32
 - 33 • Neben der leistungsfähigen Straßeninfrastruktur brauchen wir die Weiterentwicklung und
34 den Ausbau der Schieneninfrastruktur für den Güter- und Personenverkehr in
35 Nordhessen. Die Mitte-Deutschlandverbindung muss endlich kommen.
36

- 37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
- Die weitere Stärkung und Sicherung des ÖPNVs im ländlichen Raum. Hier gilt es, zusammen mit dem Nordhessischen Verkehrsverbund innovative Konzepte zu erarbeiten, damit auch in kleinen Dörfern weiterhin Mobilität ohne eigenes Auto sichergestellt werden kann.
 - Nordhessen hat eine starke Mobilitätswirtschaft und ist Logistikregion. Um die damit verbundenen verkehrlichen Herausforderungen bewältigen zu können, braucht Hessen endlich ein Logistikkonzept, das nicht allein auf die Straße setzt, sondern auch im Güterverkehr die Vernetzung der Verkehrsträger stärker fördert.
 - Die deutliche Aufstockung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur muss verbunden werden mit einer nachhaltigen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Angebots für den öffentlichen Verkehr. Jobtickets für Landesbedienstete und Schülertickets allein reichen nicht aus. Mobilität muss für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar sein und bleiben.
 - Den Lärmschutz an Bundesautobahnen zu verbessern und die Richtwerte für aktiven Lärmschutz für Neu- und Ausbau auch auf bestehende Strecken zu übertragen.
 - Die Ausweitung der Lkw-Maut auf allen Straßen und auf den Linienfernbusverkehr als notwendiges Mittel zur Finanzierung der Infrastrukturinvestitionen.
 - Öffentliche Infrastruktur wie beispielsweise Straßen- und Schienenverkehrswege müssen öffentliches Vermögen und Eigentum bleiben. Privatisierungsüberlegungen erteilen wir eine klare Absage.
 - Einen Ausbau des Radwegnetzes. Das Fahrrad ist längst nicht mehr nur ein Freizeit- oder Sportgerät. Für viele Menschen ist es zu einer echten Alternative für den Weg zur Arbeit geworden. Wir wollen, dass neue Radwege und Fernradwege bei künftigen Verkehrsplanungen verstärkt berücksichtigt werden.

67
68 Begründung:

69
70 Erfolgt mündlich.

71
72
73
74

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

<u>Resolution:</u>	WBA 01
<u>Antragsteller:</u>	AGS-Bezirkskonferenz
<u>Adressat:</u>	SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand, SPD- Landtagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Für eine soziale und nachhaltige Arbeitsgesellschaft

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

Präambel:

Unser Ziel ist eine moderne, sozial integrierende und ökologisch nachhaltige Arbeitsgesellschaft, die auf dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf gesichertem Einkommen basiert.

Thesen:

1. Die in verschiedenen Formen ausgeübte Arbeit ist die Quelle des bisher erarbeiteten und des künftigen Wohlstands. Die soziale integrierende Arbeitsgesellschaft gewährleistet eine Beteiligung aller am gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand, ein Niedriglohnsektor ist mit diesem Ziel unvereinbar.
2. Eine gerechte Entlohnung der Arbeit muss sich an Ihrem gesellschaftlichen Nutzen und an der körperlichen und geistigen Beanspruchung und den Fähigkeiten der Arbeitenden orientieren, nicht aber an ihrem Marktwert (Arbeit ist keine Ware).
3. Eine soziale und ökologisch nachhaltige Arbeitsgesellschaft begreift gute Arbeit für ein gutes Leben und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten durch solidarische und kooperative Arbeitsbeziehungen zwischen allen Menschen und Völkern als ihr Ziel.
4. Eine sozial integrierende Arbeitsgesellschaft verbindet höchstmögliche Freiheit und Flexibilität bei der Ausübung der Arbeit mit einer zuverlässigen sozialen Sicherung. Der Zugang zu den wesentlichen Grundgütern Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Kleidung, Bildung, Energie, Kultur muss unabhängig vom Markt gesichert sein.
5. Eine moderne Arbeitsversicherung umfasst alle Formen der gesellschaftlich notwendigen bzw. nützlichen Arbeit, sichert Zeiten der Nichtbeschäftigung ab und gewährleistet Bildung und Qualifikation über das gesamte Arbeitsleben hinweg.
6. Eine moderne Arbeitsgesellschaft ersetzt den marktgetriebenen Zwang zur Rentabilität durch ihren wissensbasierten Drang zu Produktivität. Die Entfaltung der gesellschaftlichen Möglichkeiten der digitalen Technik setzt voraus, dass ihre Anwendung und Entwicklung nicht durch Eigentumsrechte eingeschränkt wird. Der Zwang zur Effizienz muss vor allem dort beseitigt werden, wo er Nachhaltigkeit und gutem Leben entgegensteht (z.B. Landwirtschaft, Fürsorge, Gesundheit, Bildung).

- 33 7. Eine moderne Arbeitsgesellschaft ist demokratisch, ihre Demokratie endet nicht am
34 Werkstor. Die Konkurrenz zwischen Menschen und Staaten wird durch einen
35 Wettbewerb um gutes und nachhaltiges Leben ersetzt. Es entsteht ein ergebnisoffener,
36 produktiver Wettstreit verschiedener Arbeits- und Wirtschaftsformen (Markt, Staat,
37 Kommune, Eigentumsformen, Sharing-Economy, Solidarwirtschaft,
38 Subsistenzwirtschaft, Ökonomie des Prosumierens), indem sich nicht der Stärkere
39 durchsetzt, sondern das nachhaltig gesellschaftlich Nützlichere.
- 40 8. Zu einer modernen Arbeitsgesellschaft gehört ein gerechtes Steuersystem. Ziel ist eine
41 Unternehmensbesteuerung, die Investitionen fördert und nicht Reichtum. Eine
42 Einkommensbesteuerung erfolgt nach Leistungsfähigkeit und trägt zu einem sozialen
43 Ausgleich bei.

44

45

46 Begründung:

47

48 *Der Antrag ist das Ergebnis einer gemeinsamen Arbeitsgruppe "Zukunft der Arbeit" der*
49 *Arbeitsgemeinschaften AGS, AfA, AG 60plus und AfB.*

50

51 Begründung erfolgt mündlich.

52

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal

Antrag: WBA 02

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion,
S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Ablehnung eines geplanten Handelsabkommens mit Japan

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, schon im Vorfeld des geplanten
3 Freihandelsabkommens mit Japan ihren ganzen Einfluss auf die Koalition auszuüben, um ein
4 solches Abkommen zu verhindern.
5
6
7 Begründung:
8
9 Der TTIP-Vertrag mit den USA liegt u.a. wegen der breiten Kritik in Europa auf Eis und das
10 kürzlich mit Kanada vereinbarte CETA-Abkommen wurde trotz massiver Proteste von Rat und
11 EU-Parlament und großen Kreisen der jeweiligen Bevölkerungen auf den Weg gebracht. Ob es
12 allerdings einer Abstimmung der nationalen Parlamente standhält, ist völlig offen!!
13 Statt aus dieser mächtigen Kritik die richtigen Schlüsse zu ziehen, hält die EU auch in dem
14 Japan-Abkommen am Investitionsschutz und an Sondergerichten fest, gegen die Interessen der
15 jeweiligen Bevölkerungen, die um die Sozialstandards und den Erhalt der der jeweiligen
16 öffentlichen Daseinsvorsorge-Einrichtungen fürchten müssen.
17 Kritik und auch einige Verbesserungen an dem CETA-Abkommen gab es mehrere, aber was
18 jetzt an den Geheimpapieren zu dem vorgesehenen Japan-Abkommen bekannt wird, lässt
19 Zweifel an der Lernfähigkeit der Beteiligten aufkommen.
20 Nicht nur linke Globalisierungskritiker, auch der Deutsche Richterbund hat immer wieder vor
21 den Schiedsgerichten gewarnt, aber die EU-Kommission setzt offenbar darauf, dass die Kritiker
22 der Abkommen irgendwann müde werden.
23
24 Dass diese Ansicht eine falsche ist, dafür müssen wir sorgen!!!!
25
26

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an